Deutsche Rundschau
in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 255 — **Bromberg, Dienstag den 7. November 1933** — **57. Jahrg.**

Beratungen bei Marschall Piłsudski

über deutsch-polnische Fragen

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 6. November.

Am 4. d. M. in den Nachmittagsstunden hat Marschall Piłsudski den Außenminister Beck und den polnischen Gesandten in Berlin Lipski in Audienz empfangen.

*

Diese lakonische, am Sonntag ausschließlich von der „Gazeta Polska“ (dem authentischesten Sprachrohr der ausschlaggebenden Regierungsfaktoren) veröffentlichte Meldung sagt mehr als zwanzig Dutzende von politischen Artikeln in sämtlichen Blättern des Sanierungslagers. Man muß nämlich immer wieder betonen (in Ansehung der unausrottbaren Unbelehrbarkeit vieler Vertreter der Auslandspresse, die reichsdeutsche Presse nicht ausgenommen), daß Marschall Piłsudski sich in einer der Öffentlichkeit bekannt gegebenen Erklärung den bestimmenden Einfluß und **die endgültige Entscheidung in den die Außenpolitik und die Armee betreffenden Fragen selbst vorbehalten hat.** Infolgedessen hat es keinen Zaleski-Kurs in der polnischen Außenpolitik gegeben, wie es auch jetzt keinen Beck-Kurs gibt. Die Außenpolitik Polens wird ausschließlich von Marschall Piłsudski nicht nur „geleitet“, sondern gemacht; sie ist sein Werk.

Die Frage, welchen Anteil die persönlichen Befähigungen des vom Marschall in der Stellung des Außenministers hinzu gezogenen Mitarbeiters an diesem Werke haben, wäre vielleicht an und für sich (als Beitrag zur Kenntnis Piłsudskis, seiner Methoden, seiner Umgebung) interessant zu erörtern; sie ist indessen ebenso für die Aufstellung außenpolitischer Horoskope wie für die Analyse des ganzen Charakters und Stils der polnischen Außenpolitik seit dem Mai 1926 ganz belanglos.

Die Außenpolitik Polens ist — so wiederholen wir — **die Außenpolitik des Marschalls Piłsudski.** Infolgedessen kann die Reihenfolge der außenpolitischen Meinungsentwicklung in Polen keine andere als die sein: zuerst erfolgt ein genau erwogener Schachzug des Marschalls (dessen technische Ausführung die Aufgabe des Außenministers und seiner Gehilfen ist) und dann erst erschallt der ganze Chor der inspirierten oder selbständig „mutmaßenden“ Pressestimmen. Die zeitliche Distanz zwischen diesen zwei Erscheinungen ist manchmal so beträchtlich, daß der Pressechor hinter den aktuellen Zügen, die in der Außenpolitik gemacht werden, nicht selten weit zurückbleibt und die Herren „Mutmaßer“ sich gerade schweißtriefend bemühen, einen Schritt oder Sprung in der Richtung „x“ zu begründen, während die Regierung bereits mit vollem Dampf in der Richtung „y“ fährt.

Ein Überblick über die Gefilde der Presse gibt daher — auch gegenwärtig — keinen Anhalt dafür, in welcher Richtung die Entscheidung zu suchen sei, die Marschall Piłsudski innerhalb der vier Wände seines Arbeitszimmers nach Anhörung des Berichts von Beck und Lipski getroffen hat. Will man sich innerlich auf die Wahrscheinlichkeiten der kommenden Ereignisse vorbereiten, so ist man auf hypothetische Konstruktionen angewiesen. Als Material zu diesen Konstruktionen dienen verschiedene bekannte Tatsachen der eben verstrichenen Zeitspanne.

Von außen her sind zwei Einstellungen der polnischen Außenpolitik zu beobachten. Eine abwartende und eine aktiv eingreifende. **Eine abwartende Haltung, die durch außerordentliche Vorsicht gekennzeichnet ist, zeigt Polen gegenüber allen Vorgängen, bei denen Deutschland im Vordergrunde steht.** Reichskanzler Adolf Hitler äußerte sich mehrmals über die Möglichkeit einer Verständigung mit Polen. Diese Äußerungen fanden ein starkes Echo in der polnischen Presse, allerdings durchweg in derjenigen des Nationalen Lagers; **doch von offizieller polnischer Seite bleibt die Antwort noch immer aus.** In diesem Verhalten sehen wir einen gründlich durchdachten Willensakt. Hier kostet die Zurückhaltung mehr Mühe als ein ganzer Stoß ausgezeichnet abgefaßter Erklärungen kosten würde.

Während Polen auf diese Weise sich den Anschein gibt, an Berlin nicht einmal eine Frage richten zu wollen, beweist die Haltung der polnischen Außenpolitik im Verhältnis zu anderen Abschnitten der großen Politik eine den Lauf der Ereignisse beschleunigende und neue Gegebenheiten schaffende Kraft.

Unlängst weilte der Oberkommandant der finnischen Armee als Gast des Marschalls in Warschau. Diese Tatsache ist festzuhalten. Sie bildet einen Punkt, von dem aus verschiedene Linien gezogen werden können, deren Zusammenspiel ein Bild ergibt. Da sind wir schon bei den baltischen Staaten. Aus Moskau wird signalisiert, daß die führenden sowjetrussischen Kreise über die Vorgänge in den baltischen Staaten überaus beunruhigt sind und Gefahren wittern, welche von der Sowjetpresse nur zum Teil deutlich bezeichnet werden. Aber in Warschau weiß man, was die Sowjetpresse verschweigen muß. Warschau weiß den Vorteil zu schätzen, den ihm die Beunruhigung Moskaus über die Vorgänge in den baltischen Staaten, zumal in Estland, bietet. In einer solchen Situation bekommt der finnische Besuch in Warschau erhöhte Bedeutung sowohl nach Osten, als auch nach Westen hin. **In einer solchen Situation muß nämlich manches unterbleiben, was die Moskauer Nervosität steigern und was von Pariser Spielern zum Nachteile Polens ausgenutzt werden könnte.**

Inzwischen ist Lipski aus Berlin in Warschau eingetroffen. Gewiß, zwischen Polen und Deutschland schweben jetzt Wirtschaftsverhandlungen. Diese sind aber doch wohl von zu beschränktem Belang, als daß sie allein die Audienz des polnischen Gesandten in Berlin beim Marschall erklären könnten. Die Meldung von dieser Audienz des Außenministers und des Berliner Gesandten beim „Einsiedler des Belvedere“ hat etwas Betontes, einen Anstrich von Feierlichkeit. Um dieser oder jener Position des Zolltarifs, auch um des Roggenabkommens willen bedurfte es dieser Audienz wahrscheinlich nicht. **Wer das nicht begreift, kennt nicht Piłsudskis Stil, hat keine Ahnung von Dingen der polnischen Politik.**

Wir stellen daher getrost die Behauptung auf, daß Lipski mit seinem Chef beim Marschall erschien, um diesem etwas unvergleichlich Wichtigeres zu überbringen.

Lipski ist in seiner Berliner Stellung der Nachfolger Wysockis, des jetzigen Botschafters in Rom; ein Mann von dem gleichen diplomatischen Schlage wie sein Vorgänger, dem Bedachtsamkeit und Vorsicht eigen ist. Dieser Schlag „kombiniert“ nicht auf eigene Faust nach Schlaumeier-Art, sondern ist redlich bei der Sache, wenn es etwas Reelles zu tun gibt. Die Anregung dürfte daher von einer verantwortlichen Reichsstelle ausgegangen sein, und vermutlich war sie derart bedeutungsvoll, daß sie unmittelbar und beschleunigt dem Marschall vorgelegt werden mußte. Daher die Marschalls-Audienz des Berliner Gesandten, dem der Außenminister dabei zur Seite stand. **Es wäre gar nicht so merkwürdig, wenn an Stelle der deutsch-französischen Verhandlungen, in die einzutreten die neue Französische Regierung die Kraft nicht aufbringen kann, sich zunächst ein deutsch-polnischer Gedankenaustausch anbahnen würde, und zwar über wichtigere Fragen als es Zolltarife und Roggenausfuhr bei aller Dringlichkeit sind.**

Die Mission der Deutschen in Polen.

Die Rede des Abg. Franz im Sejm.

Rede des Vorsitzenden des deutschen Parlamentarischen Klubs, Abg. Franz, zur ersten Lesung des Budgets für das Jahr 1934/35.

Der Voranschlag des Staatshaushalts für das Jahr 1934/35 liegt nunmehr dem Hohen Hause zur ersten Lesung vor. Auch in diesem Jahre ist der Voranschlag dem Hohen Hause so spät zugegangen, daß es vollkommen unmöglich ist, sich mit diesem schon heute eingehend zu befassen. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß wir einen anderen Voranschlag erwartet hätten. Wir erwarteten einen Voranschlag, welcher der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Staates entspricht. Bei oberflächlicher Durchsicht erwecken zwar die Zahlen den Anschein, als ob gegen das Vorjahr in den Ausgaben große Ersparnisse gemacht werden sollen, um das Defizit so weit wie nur möglich, zu verringern. In Wirklichkeit sind das nur Scheinersparnisse, denn das Defizit wird das im laufenden Jahr erzielte sicher erreichen, wenn nicht gar übersteigen. Im Voranschlag des Staatshaushalts für das kommende Jahr erscheinen die Einnahmen mit 2 117 652 280 Złoty, die Ausgaben mit 2 165 441 340 Złoty. Demnach beträgt das Defizit nur 47 788 460 Złoty. Das ist ein Trugschluß, denn rechnet man die 175 Millionen Złoty aus der inneren Anleihe hinzu, die im Voranschlag als Einnahmeposten stehen, jedoch keine normale Einnahme darstellen, weil dieser Betrag doch zurückgezahlt werden muß, so ergibt das schon ein Defizit von rund 232 Millionen Złoty. Dieses Defizit übersteigt aber weit den Betrag von 300 Millionen, wenn man die fälligen Kriegsschuldzahlungen an Amerika in Betracht zieht, die im Voranschlag für das kommende Jahr nicht aufgenommen worden sind, obwohl Amerika von der Forderung der Kriegsschuldzahlungen in der bisherigen Höhe nicht absieht. Dieser kurze Überblick ergibt schon, daß wir es mit keinem realisierbaren Voranschlag zu tun haben, weshalb er bei den nun folgenden Beratungen in der Budgetkommission wird stark abgeändert werden müssen.

In den vergangenen Jahren haben wir gegen den Regierungsvoranschlag des Staatshaushalts gestimmt. Wir haben damit zum Ausdruck gebracht, daß wir mit der Regierung unzufrieden sind, die Regierung sich unseres Vertrauens nicht erfreut. Ich weiß nicht, ob die Regierung einen Wert auf das Vertrauen der deutschen Minderheit in Polen legt. So wie die Verhältnisse immer noch liegen, scheinbar nicht. Wäre es anders, dann hätte eine Änderung in der Behandlung der Deutschen in Polen eintreten müssen. Es kann doch nicht angenommen werden, daß die bitteren Klagen der Deutschen über fast unmenschliche Behandlung, sei es auf welchem Gebiete auch immer, nicht bis zu den Ohren der hohen Regierung gelangt sind. Und es kann noch viel weniger angenommen werden, daß die Polnische Regierung eine Änderung der Behandlung der Deutschen in Polen angeordnet hat und nur die Unterorgane diese Anordnungen nicht ausführen. Wäre es so, dann dürfte man wohl die Behauptung aufstellen, daß die Unterorgane die getroffenen Anordnungen nicht ausführen, weil sie annehmen, wenn sie das Gegenteil von dem Befohlenen tun, treffen sie das Richrige.

Ich will die Leiden der Deutschen in Polen hier nicht einzeln aufzählen. Nur

zwei Beispiele

aus den letzten Tagen möchte ich heute anführen, um zu zeigen, mit welcher unglaublichen Gehässigkeit gegen die deutsche Minderheit in Polen weiter gehetzt wird. So sind in Friedenshütte in Oberschlesien durch Mitglieder des polnischen Pfadfindervereins Flugblätter folgenden Inhalts verteilt wurden:

> „Gebrauche nur die polnische Sprache, die Sprache deiner Väter, gebrauche nicht die deutsche Sprache, denn sie ist die Sprache deiner Feinde. Die Deutschen spucken auf dich. Die letzten Morde und Schandtaten beweisen, daß die Deutschen Mörder und Barbaren sind. Sie sind Tiere in menschlicher Haut. Deine Väter im Grabe werden nach dir die Hand ausstrecken, wenn du noch die deutsche Sprache gebrauchst. Sage dies deinen Mitmenschen.“

Die „Polska Zachodnia“ in Kattowitz berichtet über einen Vorfall, der sich am 26. Oktober d. J. nach der deutschen Rosenkranzandacht vor der St. Marienkirche in Kattowitz abgespielt haben soll. Hiernach ist an einem der letzten Tage im Oktober an der Kirchentür der genannten Kirche ein Gedränge entstanden. Dabei sollen sich, wie die „Polska Zachodnia“ schreibt, die deutschen Parochianen beim Herausgehen aus der Kirche zwischen den draußen wartenden polnischen Parochianen in brutalster Weise einen Weg gebahnt haben, wobei die Deutschen geboxt hätten. Hierzu bemerkt die „Polska Zachodnia“:

> „Dieses Verhalten sei der beste Beweis dafür, „wie die deutsche Bande betet“ und wie sie selbst beim Gebet an die Erniedrigung und Terrorisierung der Polen denke.“

Wie sich nun herausstellt, entspricht der Bericht der „Polska Zachodnia“ nicht den Tatsachen. Es gab tatsächlich nur ein wie öfters vorkommendes Gedränge an der Kirchentür. Sprechen diese beiden Beispiele allein nicht schon Bände über die Lage der deutschen Minderheit in Polen. Wo bleibt die Behörde, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat? Warum werden solche Flugblätter und Zeitungen nicht beschlagnahmt? Warum dulden die Behörden diese Hetze, die nur dem Hasse unter der Bevölkerung dient? Muß solche Hetze nicht auch auf jeden anständigen Polen beschämend wirken?

Wie ganz anders verfährt die Behörde den deutschen Zeitungen gegenüber, die bei ganz klaren und einfachen Berichten über Tatsachen beschlagnahmt werden und deren Redakteure ins Gefängnis wandern müssen. Ich erinnere nur an die Verhaftung des Redakteurs der „Kattowitzer Zeitung“ und die vielen Presseprozesse, welche die „Kattowitzer Zeitung“, der „Oberschlesische Kurier“, die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg und andere deutsche Blätter in letzter Zeit über sich haben ergehen lassen müssen.

Vor nicht zu langer Zeit hatte ich Gelegenheit gehabt, mit einem hohen Regierungsbeamten über

die Lage der Deutschen in Polen

und über die Einstellung der Regierung zur deutschen Minderheit zu sprechen. Es war das alte Lied, das ich zu hören bekam. Die deutsche Minderheit in Polen sei staatsfeindlich eingestellt und kann deshalb keine bessere Behandlung erwarten. Ich widersprach, bewies das Gegenteil und zeigte an Hand von Tatsachen, wie gewissenhaft die Deutschen in Polen ihre Pflichten dem Polnischen Staate gegenüber erfüllen. Alle Mühe war vergebens. Im Laufe der Unterredung fragte mich der Regierungsbeamte, wie ich mich zur Grenzrevisionsfrage stelle. Es war für mich dabei nicht uninteressant zu hören, daß die deutsche Minderheit so lange als staatsfeindlich eingestellt betrachtet werden wird, so lange sie nicht mit aller Deutlichkeit und in aller Öffentlichkeit von dem Gedanken der Grenzrevision abrücke. Ich erklärte, daß doch die Vertreter der Deutschen im Namen der gesamten deutschen Minderheit in Polen wiederholt schon und sogar auch von der Rednertribüne des Sejm aus erklärt hätten, daß die Deutschen in Polen als loyale Staatsbürger mit der Grenzrevisionsfrage nichts zu tun haben, und daß diese Frage einzig und allein zwischen Polen und Deutschland zu erledigen ist. Auf die weitere Frage wie sich die Deutschen in Polen im Falle eines Krieges verhalten würden, erklärte ich, daß sich auch dann die Deutschen als loyale Staatsbürger erweisen würden. **Hierauf gab er mir den Rat, diese Worte doch**

einmal in aller Öffentlichkeit zu wiederholen. Ich wiederhole sie hiermit als Vorsitzender des Deutschen Parlamentarischen Klubs von der Rednertribüne des Sejm aus im Namen der gesamten deutschen Minderheit in Polen und zwar mit allem Ernst.

Die deutsche Minderheit in Polen wünscht nichts sehnlicher, als den dauernden Frieden zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke. Sie ist sich dessen bewußt, daß beide Völker nach dem Willen Gottes eine heilige Mission zu erfüllen haben. Beide Völker haben das Christentum gegen den vom Osten her immer stärker vordrängenden Bolschewismus zu verteidigen und zu schützen. Sie haben Europa vor dem Bolschewismus zu schützen, der alles religiöse Leben, ohne welches ein Staat nie existieren kann, vernichtet. Schon einmal in der Geschichte haben beide Völker Schulter an Schulter für das Christentum in Europa gekämpft und gemeinsam gesiegt. Das war der Kampf gegen die Türkenherrschaft vor 250 Jahren, der mit der Befreiung Wiens am 12. September 1683 zum Siege des Christentums und zur Rettung des Abendlandes führte. Und wiederum ruht die Verteidigung des Christentums zurzeit ausschließlich auf den Schultern dieser beiden Völker. Diese, beiden Völkern von Gott gestellte Aufgabe ist schwer und nur zu erfüllen, wenn der Friede zwischen dem deutschen und polnischen Volke gewahrt bleibt.

Aber auch die deutsche Minderheit in Polen hat eine ihr von Gott aufgegebene Mission zu erfüllen. Sie soll die Brücke zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke ebenso wie die polnische Minderheit in Deutschland zwischen dem polnischen und deutschen Volke sein und dem sicheren Frieden zwischen diesen beiden Völkern dienen. Die deutsche Minderheit ist sich dieser Aufgabe bewußt, sie ist auch bereit, diese Mission zu erfüllen und sie wird sie umso eher erfüllen können, je eher diese Mission der deutschen Minderheit in Polen auch von dem Mehrheitsvolke erkannt und gewürdigt wird.

Vor einigen Wochen und Monaten sind in Polen eine Anzahl junger Deutscher unter dem Vorwurf staatsfeindlicher Handlung verhaftet, ja sogar bestraft worden, weil sie sich mit dem innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft eingeführten deutschen Gruß „Volk Heil" voneinander getrennt haben. Ist es denn ein Verbrechen, sich zu seiner Volksgemeinschaft zu bekennen? Ich denke in dem Augenblick an die große Poniatowski-Feier, die vor kurzem in Leipzig stattgefunden hat, bei der es der polnischen Minderheit in Deutschland möglich war, unter der Führung des polnischen Konsuls in Leipzig ihrer inneren Verbundenheit mit dem polnischen Volke öffentlich Ausdruck zu geben, ohne daß von irgend einer reichsdeutschen Seite auch nur die geringste Beanstandung erfolgte. Wir müssen uns daran gewöhnen, als Volk zu denken. Das gilt für das deutsche wie für das polnische Volk. Wenn wir gleiches Recht beiden Völkern zugestehen, werden viele bestehenden Mißverständnisse nicht nur verschwinden, sondern erst gar nicht aufkommen.

Die Regierung würde sich wirklich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie die von mir angeführten Fälle, die sich wohl in allen Gebieten unseres Landes abgespielt haben, prüfen und dafür sorgen würde, daß um solcher natürlichen Dinge wegen junge Menschen nicht monatelang hinter Kerkermauern verbringen müssen, wo sie seelisch und körperlich zugrunde gehen müssen.

Mit dem bisher geübten Verfahren schafft man keinen Verständigungswillen. Man kann von uns keine Liebe verlangen, weil man uns solche auch noch niemals entgegengebracht hat. Es ist falsch, in unserer Abwehr gegen den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Druck einen Akt der Illoyalität zu sehen.

Da, wie sich aus Vorstehendem ergibt, in der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen bisher eine Wandlung noch nicht eingetreten ist, können wir zu unserem Bedauern auch heute der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen."

Das neue Danzig und die alten Parteien.

Nur nationale Minderheiten haben ein Beschwerderecht beim Völkerbund

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 5. November.

Am 3. November hatte der Polizeipräsident die sozialdemokratische „Danziger Volksstimme" auf die Dauer von zwei Monaten und die „Danziger Landeszeitung", den Zentrumsorgan, auf die Dauer von acht Tagen verboten. Am 4. November hatten die Verlage beider Zeitungen Beschwerde beim Senat eingereicht. Diese wurde als unbegründet abgewiesen.

Zum Verbot der Danziger Volksstimme

sagte der Senat in der Begründung der Abweisung der Beschwerde, daß die Veranlassung zu dem Verbot einmal ein Artikel Der tötliche Schuß in Guteherberge" sei, der kein objektiver Prozeßbericht war und zum anderen ein Artikel „Polizeifaszisten aufgelöst", der kein rein sachlicher Bericht über eine Rede des Vizepräsidenten des Senats in einer Versammlung der Polizeibeamtenschaft und die sonstigen dort gehaltenen Reden gewesen sei. Vielmehr sei das objektive Bild in tendenziöser Weise entst llt durch die Anwendung verschiedener Druckarten (Sperrdruck, Fettdruck) und im zweiten Fall auch durch Einflechtung eigener Bemerkungen.

„Beide Veröffentlichungen sind nach Aufmachung und Inhalt geeignet, in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Mißtrauen gegen die Danziger Regierung wachzurufen und parteipolitische Gegensätze zu schüren. Sie bedeuten nicht nur eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, sondern sie gefährden auch in erheblichem Maße die staatspolitischen Belange der Freien Stadt Danzig. Daß diese Schädigung staatlicher Interessen in der Willensrichtung der Zeitung liegt, deren staats- und volksfeindliche Einstellung wiederholt zu polizeilichen Maßnahmen Veranlassung gegeben hat, ist nicht zweifelhaft. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Untergrabung des Ansehens der jetzigen Staatsführung überhaupt das wesentlichste Ziel der „Danziger Volksstimme" ist, daß also mit einer Änderung ihres staatsschädigenden Verhaltens nicht gerechnet werden kann, ist die Zeitdauer des Verbots gerechtfertigt."

Auch bei der

Danziger Landeszeitung

erblickte der Polizeipräsident in der Art der Berichterstattung über die Rede des Vizepräsidenten und in den daran angeknüpften Auslassungen in einem Artikel „Das Zentrum — ein Feind des Staates?" die Absicht, Mißtrauen gegen die Staatsführung der Danziger Regierung hervorzurufen. Das Zentrumsorgan bezweifelte, ob die Ziele der Regierung den Belangen des Danziger Deutschtums entsprächen und unterstellte, als ob die Regierung mangels verfassungsrechtlicher Möglichkeiten Gesinnungsterror unter den Beamten ausübe, um den nationalsozialistischen Anspruch auf Totalität durchzusetzen. Der Danziger Senat billigte den Standpunkt des Polizeipräsidenten. Das Bestreben der Landeszeitung sei schon vom Zeitpunkt der Bildung der jetzigen Regierung an darauf gerichtet gewesen, die Regierung in ihrem Ansehen herabzusetzen und ihr innen- und außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten. Besonders bezeichnend dafür sei die Veröffentlichung eines von der Zentrumsfraktion an den Präsidenten gerichteten Briefes über angebliche Mißstände in der Personalpolitik. Der vom Polizeipräsidenten beanstandete Artikel sei nur das letzte Glied in einer langen Kette unsachlicher gehässiger Angriffe gewesen. Derartige, aus parteipolitischen Gründen geborene Angriffe seien geeignet, durch Wiederaufreißung überbrückter Gegensätze die öffentliche Sicherheit und Ordnung, an deren Erhaltung die Regierung mit aller Kraft arbeite, in erheblichem Maße zu gefährden. Sie seien weiter geeignet, durch künstliche Erzeugung außenpolitischer Schwierigkeiten die Interessen des Staates zu gefährden. Es gehe nicht an, daß die von dem Vertrauen de sweitaus überwiegenden Teiles der Bevölkerung getragene innen- und außenpolitische Arbeit des Senats, von einer unbotmäßigen, dem Staatsinteresse entgegenarbeitenden parteipolitischen Presse gestört werde.

Ehe noch die Beschwerden beim Senat eingingen, ehe also der durch die Gesetze vorgesehene Rechtsweg erschöpft war, haben Verleger und Redaktion der beiden Blätter es für angezeigt gehalten, sich an den Völkerbundkommissar zu wenden mit einer Behauptung, es läge eine Verfassungsverletzung vor, obgleich der Senat damals sich zu der Angelegenheit noch gar nicht geäußert hatte. Der Senat hat in diesem Verhalten eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gesehen und

die Inschutzhaftnahme der Beteiligten angeordnet.

In der Begründung dieser Maßnahme sagt der Polizeipräsident, daß die Formulierung der Schreiben der beiden Verlage an den Hohen Kommissar des Völkerbundes erkennen lasse, daß eine Intervention des Hohen Kommissars bei der Danziger Regierung wegen Verletzung der Verfassung angestrebt werde. Das gesetzlich vorgesehene Rechtsmittel gegen die Verbotsverfügung sei zur Zeit der Eingabe nicht angebracht gewesen. Es habe also eine Entscheidung des Senats als der durch das Gesetz bestimmten Beschwerdeinstanz nicht vorgelegen, sondern lediglich der Verwaltungsakt einer nachgeordneten Behörde des Polizeipräsidenten. Die Verleger und Redakteure hätten wie jeder Danziger Bürger das Recht, Bittschriften an den Hohen Kommissar des Völkerbundes zu richten. Es stelle aber eine Gefährdung der Sicherheit des Staates dar, wenn ein Danziger, bevor eine Senatsentscheidung überhaupt vorliege, der Regierung Verletzung der Verfassung vorwerfe und Maßnahmen zur Wiederherstellung verfassungsmäßig garantierter Rechte herbeizuführen suche. Da eine Fortsetzung dieser staatsgefährdenden Tätigkeit zu besorgen sei, sei die Verhängung der Schutzhaft notwendig.

Von der Anordnung betroffen wurden der Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Volksstimme" Fooken und von der „Landeszeitung" deren neuer Chefredakteur Teipel und deren Verlagsdirektor Kilian.

Am späten Abend teilte der Hohe Kommissar des Völkerbundes Helmar Rosting dem Senat mit, daß er mit der Stellungnahme der Danziger Regierung

Die Petitionen nach Genf weitergeleitet

habe mit der Bitte an den Generalsekretär des Völkerbundes, die Angelegenheit dem Rat des Völkerbundes, als dem Garanten der Danziger Verfassung, zu unterbreiten. In der polnischen Presse wurde auch bereits über eine Einberufung des Völkerbundrats berichtet.

*

Aus Anlaß der böswilligen Anschuldigungen hat der Senat beschlossen, seine

Beziehungen zu den Vorstandsmitgliedern der Zentrumspartei abzubrechen

Präsident Dr. Rauschning hat in einem persönlichen chreiben dem Abg. Weiß als Führer der Zentrumspartei den Vorwurf schwerer Disziplinlosigkeit wegen seiner in der Beschwerde über die Personalpolitik der Regierung gebrauchten Ausdrücke gemacht. Der Präsident hat es abgelehnt, nachdem das Zentrum diese Beschwerde veröffentlicht habe, ohne die Antwort des Senats abzuwarten, auf die Eingabe selbst einzugehen.

In einer amtlichen Auslassung wird dem Zentrum vorgeworfen, daß es sich **schwerer Verstöße gegen die Ruhe und Sicherheit** des Staates schuldig agemacht und **böswillige Anschuldigungen** über angebliche Verfassungsverletzung durch den Senat erhoben habe. Zur Personalbeschwerde des Zentrums wurde mitgeteilt, **daß 50 Prozent der auf freien Arbeitsplätzen in der Stadt nen Eingestellten nicht Angehörige der NSDAP** wären. **Die Zahl der Zentrumsbeamten und Angestellten** dagegen stehe in keinem rechtmäßigen Verhältnis zur derzeitigen politischen Mächtegruppierung.

Präsident Rauschning zur Lage.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Präsident des Senats, Dr. Rauschning, empfing heute vormittag die Vertreter der Danziger, der reichsdeutschen, der polnischen und englischen Presse, um sich über die Vorgänge der letzten Tage zu äußern. Er führte u. a. aus, daß er schon bei seinem Amtsantritt erklärt habe, er anerkenne die Rechte und die Bedeutung der Presse, er werde aber keine staatsschädigende Kritik zulassen, da die alten Parteien nicht mehr Ausdruck der politischen Kräfte in einem Danzig unter der nationalsozialistischen Regierung seien. In wenigen Monaten sei soviel geschehen, wie unter keiner Regierung vorher. Wenn er heute das Volk befragen lassen würde, werde es sich mit überwältigender Mehrheit zur Partei des nationalen Staates, nämlich zur NSDAP., bekennen. Dann würden die alten Parteien als politische Machtfaktoren restlos verschwinden. In letzter Zeit aber versuchten sich diese politischen Parteien, die in Danzig ausgespielt hätten, hinter den Institutionen des Völkerbundes zu sammeln. Dies Institutionen hätten vor allem ein gewisses außenpolitisches Wächteramt. Es gehe aber nicht an, daß der Anschein erweckt werde, als ob diese Institutionen des Völkerbundes dazu da seien, in die innenpolitischen Verhältnisse Danzigs sich einzumischen oder gar innenpolitische Entwicklungen aufzuhalten. Der Danziger Staat habe ein Recht auf die Unabhängigkeit seiner politischen Entwicklung. Jeder Negerstaat habe ja das Recht, sein innenpolitisches Leben so zu gestalten, wie er es für richtig halte, und dieses Recht beanspruche auch Danzig für sich.

Der Präsident erklärte, es sei unwahr, daß in Danzig eine Diktatur am Werke sei, die sich nur mit diktatorischen Maßnahmen an der Macht halte. Dr. Rauschning schilderte dann eingehend die großen Erfolge der Danziger Nationalsozialistischen Regierung auf innenpolitischem Gebiete in bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihre sonstigen positiv aufbauenden Ziele. Lediglich um ihre Macht zu erhalten, hätten nun das Zentrum und die Sozialdemokraten mit Beschwerden an den Völkerbund eingegriffen. Jeder Danziger könne sich beschweren aber nur unter der Voraussetzung, daß erst einmal alle Instanzen des Staates mit seiner Beschwerde bekannt gemacht worden seien. Wohin solle es denn führen, wenn jeder Hans-Narr, jeder Unzufriedene, sich unter Umgehung der eigenen Regierung an internationale Instanzen wenden würde. Dann würde der nationalsozialistische Senat nicht mehr die Regierung Danzigs, sondern lediglich das Organ einer anderen Regierung sein. **Ich stelle hiermit ausdrücklich fest, daß der Hohe Kommissar in Danzig nicht Gouverneur in Danzig ist. Er soll das Verhältnis zwischen Danzig und Polen und die Einhaltung internationaler Verträge beobachten, ferner bei gewissen Klagen, diese weiterreichen.** Nach Anweisung des Völkerbundes aber ist er nur verpflichtet, solche Klagen weiterzugeben, die der Jurisdiktion des Völkerbundes unterliegn. Im Laufe der politischen Kämpfe der letzten Monate hat es sich herausgebildet, daß viele Leute mi ihren Klagen zum Völkerbundkommissar hinlaufen. Der Hohe Kommissar ist aber, wie gesagt, kein Gouverneur! Wenn der Rat das wollte, sollte er Danzig unter eine gouvernementale Regierung stellen. Dann würde aber ein Staat von so hoher Kulturstufe wie Danzig auf den Stand einer indischen oder einer Negerrepublik heruntersinken. Bis jetzt sind wir das nicht, und der Versailler Vertrag will einen solchen Zustand auch nicht. Wir müssen für uns auch die Schutzmaßnahmen des Versailler Vertrages in Anspruch nehmen.

Der Präsident wandte sich dann mit aller Schärfe gegen die Angriffe des Zentrums bezüglich der Personal-Politik, die der Höhepunkt der Unverschämtheit seien, weil sie die Dinge politisch auf den Kopf stellten. Es sei eine böswillige Verunglimpfung der Regierung. Seine Regierung habe sich bei der Personal-Politik lediglich von dem Grundsatz der Tüchtigkeit leiten lassen. **Nach diesem Vorgehen des Zentrums, das lediglich der Regierung außenpolitische Schwierigkeiten bereiten solle, sei er entschlossen, die Konsequenzen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Er werde künftig keine Vertreter des Zentrums mehr empfangen. Er werde von allen lebenswichtigen Stellen des Staates, auf denen noch Zentrumsangehörige sitzen, diese entfernen und mit Leuten besetzen, von denen er erwarten könne, daß sie keine Sabotage gegenüber der Politik der Regierung betrieben. Er als Präsident habe vor allem die Aufgabe, den Staat zu sichern.**

Eingehend behandelte der Präsident dann noch das staatsfeindliche Verhalten der Sozialdemokraten. Wie in alter Zeit hätten sich nun Zentrum und Sozialdemokraten wieder zusammengefunden, um dem Staat außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten und das in einer Situation Danzigs, in der die außenpolitische Stellung der Freien Stadt durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde erschwert sei. Er müsse es der politischen Weisheit des Völkerbundrates überlassen, wie er sich zu diesen innerpolitischen Ereignissen in Danzig einstelle. Er hoffe indessen, daß der Rat erkennen werde, daß es nicht mehr an der Zeit sei, in die innerpolitischen Verhältnisse eines Staates einzugreifen. Die beschränkte Souveränität, die in Danzig herrsche, dürfte keine weitere Beschränkung erfahren.

Was hier innenpolitisch gegenüber den beiden Parteien vor sich gehe, habe nichts zu tun mit der Politik der Danziger Regierung zum Schutze der Rechte der Minderheit in Danzig. Polen und Juden hätten nach wie vor nichts zu befürchten.

Der Präsident schloß mit dem Hinweis auf die eingeleitete **erfolgreiche Politik zwischen Danzig und Polen**, die auf der Ehrung und Achtung der beiden Staaten voreinander beruhe. Danzig dürfe aber auch beanspruchen, daß der Ehre des deutschen Volkstums und der Achtung vor ihr auch von den internationalen Faktoren Rechnung getragen werde.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. November 1933.

Krakau — 2,54, Zawichost + 1,33, Warschau + 1,34, Plock + —, Thorn + 1,14, Fordon + 1,16, Culm + 1,05, Graudenz + 1,31, Kurzebrak + 1,41, Pieckel + 0,71, Dirschau + 0,60, Einlage + 2,16, Schiewenhorst + 2,36.

Richtlinien für die Sammlungen zur Winterhilfe.

Auf Einladung des Arbeitsausschusses für die Deutsche Winterhilfe wurde kürzlich in Bromberg eine Zusammenkunft der Vertreter sämtlicher deutscher Vereine der Stadt durchgeführt. In Ermangelung anderer allumfassender Organisationen sind in hervorragender Weise die bestehenden Vereine aller Art dazu berufen, das große Hilfswerk der Winterhilfe zu fördern. Jeder Verein muß selbständig an diese Arbeit herangehen; auf die tatkräftige Initiative der Vereinsvorstände kommt es an. Es empfiehlt sich, gesellige und unterhaltende Veranstaltungen durchzuführen, deren Erträgnisse an die Winterhilfe abgeführt werden. Bei Zusammenkünften jeder Art müssen immer wieder Sammlungen für die Winterhilfe veranstaltet werden. Es wird sich in jedem Verein eine Persönlichkeit finden, die geeignet und bereit ist, auf die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Hilfsaktion immer aufs Neue hinzuweisen.

Eine besondere Bedeutung haben in diesem Winter erstmalig die Eintopfgerichte. Jede deutsche Familie sollte an einem Sonntag im Monat das Eintopfgericht einführen und die dadurch erzielte Ersparnis an die Winterhilfe abführen. Ganz besonders aber haben auch hier wieder die Vereine eine Möglichkeit, ihre Mitglieder zusammenzuführen und in gemeinsamen Veranstaltungen Eintopfgerichte im Klubheim oder in einem besonders bestimmten Lokal zu essen. Der Reinertrag wird für die Winterhilfe bestimmt.

Eine sehr sinnige Anregung bedeutet der Vorschlag zur Einführung sogenannter Liebesgabenpakete, weil sie uns an die Notstände früherer Zeiten erinnern. Die Teilnehmer einer Vereinsveranstaltung werden aufgefordert, Liebesgabenpakete, die Kleidungsstücke und Lebensmittel jeglicher Art — vielleicht unter Beifügung einer Inhaltsangabe — enthalten können, für die notleidenden Volksgenossen mitzubringen, die dann vom Verein an die Winterhilfe weitergeleitet werden. Derartige Liebesgaben können für unsere darbenden Familien, für die Eltern und die Kinder, die Hunger leiden und in ungeheizten Zimmern der strengen Kälte des Winters ausgesetzt sind, hellen Sonnenschein erzeugen.

Aber auch der einzelne Volksgenosse sollte sich bei der Sorge um sein eigenes Wohl jederzeit ohne besondere Aufforderung seiner Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft erinnern. Es wird von niemandem gefordert, daß er Verzicht leistet auf jegliche besonderen Anregungen und Freuden, die er selbst vielleicht zu seinem eigenen Lebenskampf benötigt. Aber einen gelegentlichen Verzicht auf einen besonderen Genuß, wie z. B. einer wohlschmeckenden Tasse Kaffee in der Konditorei, oder einer guten Zigarre nach dem Essen usw. muß sich jeder auferlegen in Erinnerung an diejenigen, denen auch die geringsten Freuden dieser Art heute genommen sind, und die dadurch ersparten Beträge an die Winterhilfe abführen. Denn nicht die Ersparung für das eigene Säckel darf in diesem Zusammenhang das Ziel sein, sondern erst in der Bereitstellung der so ersparten Mittel für die Allgemeinheit liegt die Bedeutung. Bei häuslichen Festen können die Gastgeber von einer geplanten besonderen Ausgabe für die Gäste Abstand nehmen und dafür ein Scherflein für das Winterhilfswerk bereitstellen. Auch das bereitet Gast und Gastgeber eine schöne Befriedigung und trägt zum Gelingen eines Hausabends bei.

An die deutsche Hausfrau ergeht auch in diesem Zusammenhang ein besonderer Ruf. Wenn auch das Wirtschaftsgeld in den meisten Fällen den verringerten Einkommensverhältnissen entsprechend bereits eine wesentliche Herabsetzung erfahren haben wird, so lassen sich doch sicher immer noch einige Pfennige ersparen, die der Sammelbüchse zugeführt werden können. Beim Einkauf für den eigenen Haushalt erstehe man auch jeweils oder gelegentlich ein Pfundpaketchen für die Winterhilfe. Nochmals sei betont, daß auch Wäsche und Kleidungsstücke, insbesondere warme Sachen, sehr erwünscht sind. Man kann auch durchaus einmal Kleidungsstücke in brauchbarem Zustande abgeben, die noch nicht für den Altkleiderhändler bestimmt waren. Wer nicht nur vom Überschuß oder Ausschuß gibt, erst der leistet ein wirkliches Opfer. Jede deutsche Familie sollte sich wöchentlich einen Mittagsgast ins Haus nehmen oder dort, wo sich Derartiges nicht praktisch durchführen läßt, eine Ablösung durch eine entsprechende Spende erfolgen lassen.

So gibt es viele Möglichkeiten. Wer eigene Ideen hat, verfolge diese und teile sie auch seinen Freunden und Bekannten mit. Wenn nur der Wille da ist und die praktische Ausführung danach. Gemeinsam aber sei allen die Abführung der Erlöse an eine Sammelstelle. Nur dann kann für eine ordnungsmäßige Verteilung der Spenden gesorgt werden. Wer Notleidende kennt, teile sie dorthin mit und empfehle sie zur Betreuung. Dann ist die Gewähr gegeben, daß jeder seiner Notlage entsprechend bedacht wird und Doppelunterstützungen vermieden werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 6. November.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Störung eines evangelischen Gottesdienstes.

Während des Gottesdienstes am Reformationstage kam es zu unglaublichen Störungen in der Schleusenauer Kirche. Bei dem Gesange des Schlußchorals tobte eine Schar polnischer Schüler vor der Kirche herum, worauf einige von ihnen in den Vorraum eindrangen und Bewegungen nach dem Altar zumachten, als wenn sie Steine werfen wollten. Der Pfarrer sah sich gezwungen, während des stillen Gebetes der Gemeinde den Altar zu verlassen, sich in den Vorraum zu begeben und die Störenfriede zu verscheuchen. Nach Schluß des Gottesdienstes waren die Schüler aber wieder da und lärmten im Vorraum des Kirchenschiffes. Als der Pfarrer erschien, flüchteten die Kinder nach dem benachbarten Schulhofe. **Am folgenden Tage wurden wieder** einige Jungen beobachtet, wie sie nach den Fensterscheiben der Schleusenauer Kirche mit Steinen zielten, dabei wurde eine der Scheiben beschädigt.

An die Schulbehörde sowie an die Elternschaft muß der dringende Appell gerichtet werden, gegen derartige Ausschreitungen energisch vorzugehen. Jugendliche, die sich derartig vor einer Gottesstätte, sei es auch einer fremden Religionsgemeinschaft benehmen, werden bald ebensowenig Ehrfurcht vor den eigenen Gotteshäusern zeigen.

Schwindler am Werke.

Die seit Jahren besonders in Wahlzeiten stets aktiven Bauernfänger und Pseudo-Deutschen sind auch bei den Vorbereitungen für die Stadtverordnetenwahlen bereits wieder am Werke. So wird uns berichtet, daß der schon von der Kindermannliste her bekannte Zuchthäusler Pilarski zusammen mit einem Zeitungshändler Stoinski sich in verschiedenen Gegenden unserer Stadt an deutsche Bürger gewandt haben und ihnen eine Kandidatenliste des sogen. „Deutschen Arbeiterbundes" zur Unterschrift vorgelegt haben. Dabei behaupteten sie auf Befragen, daß sie von der Hauptgeschäftsstelle der deutschen Abgeordneten und Senatoren, Goethestraße, geschickt seien und in deren Auftrag handeln.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der „Niemiecki Związek Robotniczy" (sogen. Deutscher Arbeiterbund) keine Vereinigung ist, die mit irgend welchen deutschbewußten Kreisen unserer Stadt oder unseres Gebietes im Zusammenhang steht. Dieser „Bund" ist vielmehr eine Schöpfung solcher Kreise, die ein starkes Interesse daran haben, daß die Einigkeit des Deutschtums zersprengt wird. Wir warnen daher jeden, sich seines Volkstums bewußten Deutschen vor den Machenschaften derjenigen Personen, die in diesem Bunde arbeiten. Daß diese Personen selbst zu politischen Hochstapeleien greifen, beweisen die eben erwähnten Vorgänge bei den Vorbereitungen für die Stadtverordnetenwahlen.

Alle Deutschen seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertrauensmänner zur Unterschriftensammlung für die wirklich deutschen Kandidatenlisten mit einem von der Hauptgeschäftsstelle der deutschen Abgeordneten und Senatoren ausgestellten und unterstempelten Ausweis versehen sein werden. Diejenigen Personen, die bereits der Täuschung des sogen. „Deutschen Arbeiterbundes" zum Opfer gefallen sind und dessen Liste unterschrieben haben, bitten wir, sich umgehend in unserem Bureau, ul. 20. stycznia 20 r. (Goethestraße) Nr. 2. zu melden.

Entlassung von deutschen Aerzten.

Mit der Begründung, daß ihr die Änderung des Gesetzes über die Sozialversicherung dazu das Recht geben soll, hat die Bromberger Krankenkasse sieben Ärzten von heute auf morgen die Erlaubnis entzogen, für die Krankenkasse zu praktizieren. Von den sieben entlassenen Ärzten sind bezeichnender Weise fünf Deutsche, das sind die Hälfte aller deutschen Ärzte, die bisher für Krankenkassen-Patienten zur Verfügung standen. Die beiden polnischen Ärzte, die diesem neuen Trupp von verdrängten Deutschen als Begleitmannschaften mitgegeben wurden, sind so alt, daß sie kaum noch praktizieren können.

Die Krankenkassen anderer Kreise in Posen und Pommerellen haben, wie wir erfahren, ähnliche nationalpolitische Maßnahmen getroffen. Wir kommen auf diese höchst eigenartigen Anordnungen der Krankenkassen noch zurück.

---

§ **Zwei gefährliche Fahrradmarder** hatten sich vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Es sind dies der 26jährige Arbeiter Michał Włoszczyński und der 24jährige Edmund Wojewódzki, beide von hier. Die beiden Angeklagten hatten im Oktober d. J. vom Hofe Chausseestraße 75 dem Kaufmann Griesbach 2 Fahrräder im Werte von 350 Złoty gestohlen. Einige Tage später wurden sie in der Brunnenstraße (Chwytowo) von einem Polizisten gerade in dem Augenblick angehalten, als sie zwei Räder transportierten. Auf die Frage des Polizisten, wem die Räder gehören, gaben sie zur Antwort, sie hätten gesehen, wie zwei Spitzbuben diese in der Lindenstraße auf der Flucht von sich warfen. Sie hätten dann die herrenlosen Fahrräder an sich genommen, um sie dem nächsten Polizeikommissariat zuzuführen. Bei ihrer naiven Ausrede vergaßen die beiden Spitzbuben, daß das nächste Polizeikommissariat sich nicht in der Brunnen-, sondern in der Boyestraße befindet. Der Polizist nahm ihnen die beiden Stahlrosse ab, die, wie es sich später herausstellte, den Kaufleuten Lipski und Kirsztein gehörten. Für beide Diebstähle wurde Włoszczyński zu 2½, Wojewódzki zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. ‡

§ **Zu einem Verkehrsunfall** kam es am Sonntag gegen 1 Uhr mittags auf der Danziger Straße. Ein Einspänner fuhr, um einem Lastwagen auszubiegen, auf die Schienen der Straßenbahn, als im gleichen Augenblick ein Straßenbahnwagen hinter ihm herkam. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei das Bauernfuhrwerk beschädigt wurde. Bei der Protokollaufnahme weigerte sich der Besitzer des Bauernfuhrwerkes, seinen Namen anzugeben. Er mußte deshalb den Weg auf das Kommissariat antreten.

§ **Zu einer blutigen Schlägerei** kam es in der Sonntags-Nacht in einem Lokal am Weltzien-Platz. Dort entstand zwischen einigen Gästen, unter denen sich ein Unteroffizier der polnischen Kriegsmarine befand, wegen einer weiblichen Person ein Streit. Die Zivilpersonen schlugen auf den Unteroffizier ein und versetzten ihm mehrere Stiche mit einem Messer, so daß er die Flucht ergreifen mußte. In der Bahnhofstraße brach er dann infolge großen Blutverlustes besinnungslos zusammen. Mit Hilfe der Rettungswache schaffte man den Schwerverletzten in das Städtische Krankenhaus. — Am Sonnabend abend kam es vor dem gleichen Lokal zu einem Zwischenfall. Als einer der Kellner Gäste, die sich laut benahmen, hinausbeförderte, wurde er von einem der Männer gegen die Tür gestoßen, so daß die Scheibe zertrümmert wurde. Die Täter konnten entkommen.

§ **Selbstmord** beging in den Morgenstunden des heutigen Tages ein 45jähriger Konditormeister. Seine Wirtin, die in den letzten Tagen nichts gutes ahnte, bewachte den Lebensmüden dauernd und hat selbst die vergangene Nacht an seinem Bett gewacht. Als sie zwischen 5 und ½6 Uhr das Zimmer verließ und dann wiederkehrte, war der Mann verschwunden. Er hatte sich in der Toilette an seinem Leibriemen erhängt. Es hatten sich bei ihm in der letzten Zeit Anzeichen von Geistesgestörtheit bemerkbar gemacht.

§ **Einen Selbstmordversuch** unternahm am Sonnabend eine 24jährige obdachlose weibliche Person in der Schwedentaler-Straße, indem sie Essigessenz trank. Vorübergehende sorgten für ihre Überführung in das Krankenhaus, wo man jede Gefahr beseitigte.

§ **Gasvergiftung.** Vor einiger Zeit war der Hausbesitzer Franz Wilczewski aus Rogasen nach Bromberg gezogen. Seine 22jährige Tochter Gertrud war weiterhin in Rogasen verblieben, um das Haus des Vaters zu verwalten. Am Allerheiligentage begab sich der Vater dorthin zurück und mußte zu seiner Verwunderung feststellen, daß man ihn in seiner Wohnung auf sein Klopfen nicht öffnete. Als er schließlich gewaltsam Eingang fand, sah er seine Tochter tot auf dem Erdboden liegen. Sie hatte eine Handarbeit in den Händen. Man stellte fest, daß der Hahn des Gaskochers halb geöffnet war, so daß das Mädchen an Gasvergiftung gestorben ist.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Kornblume und Liedertafel. Dienstag bei Kleinert letzte Übungsstunde. (3832

Verband deutscher Katholiken, Ortsgruppe Bydgoszcz. Dienstag, den 7. d. M., im Zivilkasino Zusammenkunft. Vortrag Dr. Pant. (7737

❑ **Crone** (Koronowo), 4. November. Am 2. November, 10 Uhr vormittags, findet im Hotel Nowak hierselbst ein Holztermin der Oberförsterei Rosengrund statt. Zum Verkauf kommt Brennholz nach Vorrat.

In einer der letzten Nächte wurde bei dem Besitzer Wollnik in Sanddorf (Samociszek) in die Scheune eingebrochen, der Dieb aber verscheucht. — Eingebrochen wurde in Crone bei dem Werkmeister a. D. Wittaut. Den Dieben fielen 81 Złoty und verschiedene Lebensmittel in die Hände.

z. **Inowrocław, 6. November. Zwei maskierte Banditen drangen am Sonntag abend in die Wohnung der Witwe Mauch in Sadlogoszcz ein. Die im Nebenzimmer befindliche Tochter der abwesenden Frau Mauch hörte Geräusche und begab sich mit der Lampe in das betreffende Zimmer. Einer der Strolche zerschlug die Lampe, worauf die Täter die Flucht ergriffen. Dem Schmied Janiak gelang es, einen der Banditen, der einen Revolver bei sich hatte, festzunehmen. Später konnte auch sein Komplize gefaßt werden. Es handelt sich um den Knecht Waszkiewicz und den Hirten Kościelak, die beide bei der Frau Mauch bedienstet waren und davon wußten, daß dieselbe am Tage zuvor zwei Schweine verkauft hatte; sie hatten es auf das Geld abgesehen.**

Durch Leichtsinn beinahe das Leben eingebüßt hätte der bei einem Landwirt im Dorfe Ganina als Knecht arbeitende 21jährige Tadeusz Kędzierski. Er nahm einen dort befindlichen alten Militärkarabiner, schüttete den ganzen Lauf voll Pulver und schoß ab. In demselben Moment erfolgte eine heftige Explosion, der Lauf und das Schloß wurde auseinandergerissen und der leichtsinnige K. schwer verletzt. Ein Eisenstück flog ihm ins Auge das dabei ausgeschlagen wurde.

+ **Lissa** (Leszno), 5. November. Selbstmord verübte der Kaufmann Stefan Smolanowicz. Er kam gegen 23 Uhr in sehr aufgeregtem Zustande nach Hause, ergriff seinen Revolver und machte seinem Leben durch einen Schuß ein Ende. Die Gründe zu dieser Verzweiflungstat sind nicht bekannt.

Gestohlen wurde hier dem Stefan Kędziora ein Herrenfahrad in wenig gebrauchtem Zustande.

♁ **Posen**, 4. November. Der in der fr. Friedensstraße wohnende Johann Tomaszewski hantierte mit einem geladenen Revolver. Dabei entlud sich die Waffe, und der vorübergehende Tadeusz Kozaniecki wurde getroffen, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

An der Ecke der fr. Großen Gerber- und Dominikanerstraße erfolgte ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen, geführt von dem Chauffeur Alfred Berger aus Bromberg, und der Straßenbahn der Linie 6. Beide Wagen wurden schwer beschädigt.

Dem Studenten Stanislaus Konieczny wurde in einem Restaurant, Sapiehaplatz 5, von einem Gaste namens W. Adamski eine Aktentasche mit verschiedenen Papieren gestohlen. Sie wurde in der Wohnung des Diebes beschlagnahmt. — Aus der Podhorylas'schen Wohnung, Judenstr .19, wurden durch Einbruch Waren im Werte von rund 300 Złoty gestohlen.

Kleine Rundschau.

7000 Menschen durch einen Wirbelsturm obdachlos geworden.

Durch einen heftigen Wirbelsturm im Südwesten Jamaikas sind 7000 Menschen obdachlos geworden. Die gesetzgebende Versammlung Jamaikas wird in den nächsten Wochen zusammentreten, um Unterstützungsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung zu beschließen.

*

Maskierter Räuber plündert eine Spielgesellschaft.

Ein maskierter Räuber drang in ein Café bei Montpellier ein, wo etwa 20 Personen um ein Roulette-Spiel versammelt waren. Mit vorgehaltenem Revolver bemächtigte er sich der Spielgelder und der Spielkasse. Nachdem er einige Schreckschüsse abgegeben hatte, suchte er das Weite. Die Gendarmerie hat einen vom Inhaber des Cafés als verdächtig bezeichneten Mann verhaftet, doch steht noch nicht fest, ob er der Räuber ist.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 255.

Margot Stolzmann
Walter Schoepke

Verlobte

Bydgoszcz — Poznań
November 1933

7738

Habe wieder **Sprechstunden** von ½12—½1 u. von 5—6.
Dr. Fischoeder
Marsz. Focha 2.
3803 Telefon 159.

Hebamme

erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 3748
Danek, Dworcowa 66.

Am 4. d. Mts. entschlief im Alter von 74 Jahren meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante

Pauline Zöllmer

geb. **Depke**

Dies zeigen tiefbetrübt an

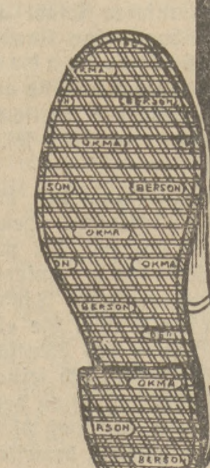
Karl Zöllmer und Kinder.

Bydgoszcz, den 6. November 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 8. November, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause Nakielska Nr. 87, aus statt. 3837

Ihre Schuhe
und hauptsächlich Ihre Füsse
sollen Sie schonen.
Elastisch, dauerhaft
und billiger
als Leder
sind





Berson
GUMMIABSÄTZE

Als Neuheit
die Dauerbesohlung aus
Berson Okma Gummileder
wetterfest, nicht gleitend
dauerhaft und billiger als Leder
Preise bedeutend ermässigt

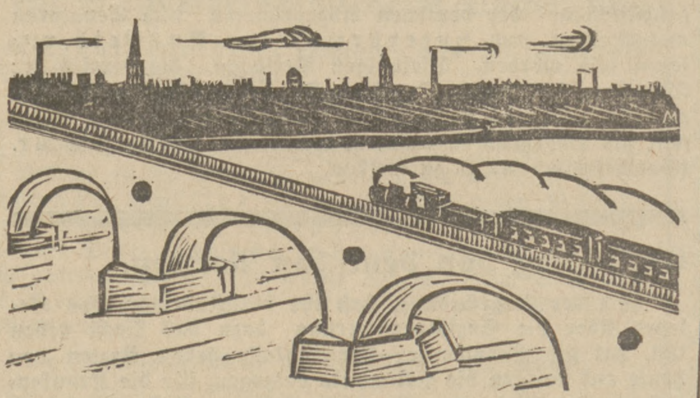
An die Bürger in Bydgoszcz!

Der Winter steht vor der Tür. Tausende von Personen sind von der Arbeitslosigkeit betroffen und befinden sich in entsetzlicher Not. Die Stadt Bydgoszcz empfindet ganz besonders stark die herrschende Krisis. Die Zahl der Arbeitslosen in Bydgoszcz überschreitet heute 7000 Personen und dürfte sich noch mit Zutritt der Kälte bedeutend erhöhen, Die Arbeitslosen mit ihren Familienmitgliedern stellen heute 25 %, der Einwohnerzahl unserer Stadt dar. Die Behörden der Zentrale, Wojewodschaft und der Stadt tun alles, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, vor allen Dingen um den Arbeitslosen zu Hilfe zu kommen. Wir dürfen nicht annehmen, daß der gegründete Arbeitsfonds einzig und allein Hilfe bringen kann. Der Fonds hat größere Aufgaben, als augenblicklich Hilfe zu bringen, da er zum Ziele die Liquidation resp. die Verringerung der Arbeitslosigkeit hat. Das Kapital dieses Fonds soll dazu dienen, größere Investitionsarbeiten zu bewerkstelligen und die Arbeitslosigkeit stufenweise abzubauen.

Bürger!

Die schwere Lage, in welcher sich jeder von uns befindet, befreit uns nicht von der Pflicht, den Arbeitslosen Hilfe zu bringen. Nehmt alle Anteil an der augenblicklichen Hilfs-Aktion. Niemand vergesse von der Not und Trostlosigkeit derer, die ohne eigene Schuld in diese kritische Lage gerieten. Die Sache der Arbeitslosigkeit ist auch unsere Sache, denn was für Bürger sollen aus der Masse der Kinder dieser Arbeitslosen hervorgehen, wenn sie erzogen werden bei Hunger und Kälte und schrecklichen Wohnungsbedingungen. Möge jeder, der Arbeit und Einkommen hat, in gut verständlichem, öffentlichem Interesse sein freiwilliges Opfer in Natura oder Geld darbringen. Mag jeder, der 2 Löffel Essen besitzt, einen Löffel den Arbeitslosen geben. Wollen wir doch die Sitte einführen, daß die Kinder der verdienenden Eltern in die Schule den Arbeitslosen ein Frühstück bringen. **Spendet Opfer für die hungernden Arbeitslosen und ihre armen Kinder.** Mögen unsere Opfer ein öffentlicher Beweis sein, daß das Los der Hungernden uns sehr am Herzen liegt und wenn wir Barmherzigkeit üben, so erfüllen wir damit nur einen Bruderakt und eine nationale Pflicht. Geldspenden sind bei der Komunalna Kas Oszczędności miasta Bydgoszczy auf das Konto „Lokalny Komitet Funduszu Pomocy Bezrobotnym" einzuzahlen. Spenden in Natura bitten wir an die Volksküche überweisen zu wollen.

Przewodniczący Lokalnego Komitetu Funduszu Pomocy Bezrobotnych.
(—) L. Barciszewski, Prezydent miasta. 7724



Die einzige Brücke

zwischen Lieferanten und Kunden sind sehr oft nur die Geschäftsbriefe. Sie sind somit Vermittler gegenseitigen Vertrauens. Der gute moderne Briefbogen ist immer die beste Empfehlung.

Lassen Sie sich bei Bedarf von uns beraten.

A. Dittmann T. z o. p., Bydgoszcz
Marszałka Focha 6 - Telefon 61

Landwirtssohn, evang., Deutsch u. Polnisch in Wort u. Schrift, Landwirtschafts-Schule mit „sehr gut" beendet, bis jetzt in 170 Morg. groß., intensiver Landwirtsch. tät. gew., **sucht Stellung**
als Eleve
oder dergleichen. Gefl. Offerten unter **B. 3789** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger Mann
der Delikateß- u. Kolonialwaren - Branche sucht bei bescheidenen Ansprüchen Stellung. Spezial-Lachs- u. Aal-Räuch Offert. u. **A. 7577** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Evangelischer Mann, 22 Jahre, gelernter
Chauffeur
sucht per sofort passende Stellung oder als **Kutscher.** Angeb. unt. **L. 7664** a. d. Gst. d. Ztg.

Selbst. Stellmacher
m. eigen. Handwerksz. **sucht** v. 15. 11. 1933 od. sp. **Stellg., evtl. Pachtstelle.** Frdl. Angeb. u. **W. 3797** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Energischer, jüngerer
Holzfachmann
28 Jahre alt, erfahren in allen Zweigen der Holzbranche, sucht von sofort oder 1. Dezember Stellung im Sägewerksbetriebe. Offert. erb. unter **K. 3751** an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Aelt. Wirtin,
vertr. m. sämtl. Arbeit., gest. auf gute Zeugn., **sucht Stellung** aufs Gut, od. in der Stadt bei 1—2 Pers. als **Alleinwirtin.** Off. u. **A. 3807** an die Geschst. d. Ztg.

Jüngere Wirtin
mit Kenntniss. im Koch., Backen, Geflügelzucht, sow. Näh. u. Glanzpl.,
sucht Stellung
gleich welch. Art. Offert. mit Gehaltsang. unt. S. 7547 a. d. Geschst. d. Zeitg.

Besseres Mädchen vom Lande, erfahren in allen Hausarbeit., **sucht** vom 15. 11. oder 1. 12. Stellung am liebsten **Stadt- od. Gutshaush.** **H. Herzog, Czarnowo,** pow. Toruń. 7712

Evgl. Mädch., welch. in Stell. war, sucht v. 15. 11. od. 1. 12. Stellg. als **Hausmädchen,** am liebst. Stadthaushalt. Bei. Koch- u. Nähkenntnisse, langj. Zeugn. vorhanden. Frdl. Ang. u. **E. 7472** a. Gschst. d. Z. erb.

Evg. Landwirtstochter, 23 J., **sucht** v. 15. Novbr., auch später **Stellung** in klein. Stadthaush., auch auf größerem Gut als
1. Küchenmädchen.
Näh- u. etw. Kochkennt. vorh. Frdl. Offert. unt. **P. 3770** a. d. Geschst. d. Z.

Mädchen vom Lande, sehr bescheiden, **sucht Stellg.** zu all. Arbeiten von sofort oder später. Offerten unter **J. 3750** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gewissenhaftes
Mädchen für alles
sucht Stellung. Off. u. R. 3772 a. d. Geschst. d. Ztg.

Anständ., ehrl., evang.
Mädchen v. Lande
sucht Stellg. v. 15. 11. od. später **als Haus- oder Alleinmädchen.** Gute Zeugn. vorhand. Gefl. Offerten unter S. 3782 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Stellung im Stadthaush. Off. u. **G. 3826** a. d. Gst. d. Ztg.

Alleinstehende Frau
sucht Stellung. 7671
Garbary 16, Whng. 13

Evgl. Mädchen
bess. Herk. m. gut. Koch- u. Nähkenntniss., **sucht** z. 15. Novbr. **Stellung** am liebst. im frauenlos. Haush. Angeb. m. Gehaltsang. unt. **T. 7686** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Aelteres Mädel bittet um **Waschstellen** (3 Zł.) u. **Aufwartg.** f. Freitag. Offerten unter **E. 3816** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrliches Mädchen sucht **Aufwartestellen.** Off. u. **H. 3827** a. d. Gst. d. Ztg.

An- und Verkäufe

Wir kaufen laufend
Kümmel u. w. Bohnen
und erbitten bemustertes Angebot 3836
B. Kentzer i Ska., Bydgoszcz.

Geschäftsgrundstück an Hauptstraße geleg., **besteh. aus 2 Häusern,** Hofraum, Stallungen u. einer Fuhrhalterei, im Hause Konfektionsgeschäft vorh., krankheitshalber **zu verkauf.** **C. Müller, Chełmno** (Pom.), ul. Wodna 5.
7595

Eiserner Heizeinsatzofen m. Mantelbekleidung, ob. Marmorabdeckung, entwick. koloss. Hitze, gehämm. Eisenblech, gehämm. Messingbehang, zu verkauf. **Sw. Jańska 3,** Wohn. 6.
3776

Beabsichtige mein
Grundstück
mit 18 Morgen gutem Land u. Obstgart., ganz neue Gebäude mit leb. und totem Inventar sofort zu verkaufen. — Off. u. **J. 7661** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Große
Häckselmaschine
wenig gebraucht, Kriesel, Kemna od. anderes Fabrikat, gesucht. 7736
Landwirtschaftliche Zentral-Genossenschaft Bydgoszcz
Dworcowa 67.

Gelegenheitskauf!
Gut eingeführtes **Kolonialwarengeschäft** nebst **Wohnung** günstig abzugeben. 3804
Näh. **Chodkiewicza 18.**

Ein gut erhaltenes, gebrauchtes 7717
Roßwerk
(6—8 spännig) zu kauf gesucht. Angeb. erbitt.
August Stolp,
Sępolno wyb. (Pom.)

Grundstück
ca. 22 Morgen, privat, **4 Gebäude,** mit leb. u. tot. Inventar sofort zu verkaufen. 7716
Besitzer
Ludwig Pehlke
in **Piwnice**
Post u. Bahnst. Książki, pow. Wąbrzeźno (Pom.)

Wir haben Bedarf an folgenden gebrauchten, aber gut erhaltenen Warmwass.-Heizungs-Materialien:
1) **1 Warmwasserbereitungskessel,**
2) **Radiatoren verschiedener Größen,**
3) **Rohren, Formstück., Heizungsarmaturen u. s. w.**
Offerten mit genauer Spezifikation des abzugebenden Materials und mit niedrigster Preisangabe sind zu richten unter **B. 7720** an die Geschst. d. Ztg.

Verk. erbschaftshalber meine 54 Morg. große
Priv.-Wirtschaft
m. leb. u. tot. Inventar, **kompl. Gebäude** sind massiv. Off. u. **F. 3817** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Komplettes Radio
3 L., für 250 Zł. zu verk. Offerten unter **D. 3815** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

1000 Zentner
Fabrikkartoffeln
zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe erbet. an **Birschel, Olszewko** b. Nakło. 7729

Kaufe 3834
Halbverdeckwagen
a. Gummiräder, in sehr gut. Zustande. Ang. mit Preisang. an **Biliński,** Dworcowa 36.

Kutschwagen
billig zu verkaufen.
3548 **Hetmańska 25.**

Emaille-Wanne
und **Kohlenbadeofen** kauft **Marsz. Focha 12,** Wohng. 3. 3801

Nähmaschinen, Zentrifugen eis. Ofen und **gebr. Möbel** verkauft billig **Cichon,** Podwale 3. 3833

Fleischmaschine
(**A. Wolf**) billig zu verkaufen. **W. Schmoll,**
3829 **Prądy, Bydgoszcz 4.**

Wohnungen

Sonnige
3-Zimmer-Wohng.
renov., an kinderl. Ehepaar zu vermiet. Off. u. **L. 3753** a. d. Geschst. d. Z.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer billig zu verm. **Plac Poznański 1,** Wohnung 7. 7168

Möbl. Zimm. z. verm.
Rytlewski, Dworcowa 33.
3779

Bücherei der deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft
Gdańska 20 (Zivilkasino)

Ausleihzeit für Erwachsene: tägl. von 11 bis 13 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 17—19 Uhr.
Ausleihzeit für Jugendliche: Montag und Donnerstag von 17—18 Uhr.
Der Lesesaal ist täglich von 10—13 Uhr und Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 16—20 Uhr **geöffnet.** 6371

Konserv. geb. Schülerin ert. gern u. bill. gründl. **Klavierunterricht** u. **Theorie. Nakielska 10.** Anmeld.: Mittwoch, Donnerstag u. Freitag von 10—2 Uhr. 3679

Wünschen Sie ein gutes Bild?
dann bitte die 7483
Foto-Kunst-Anstalt F. Basche
Bydgoszcz, Grunwaldzka 78
in Anspruch zu nehmen. Telefon 64.

Sämtliche
Baumschul-Artikel
in größter Auswahl zu den billigsten Preisen.
Jul. Roß,
Gartenbaubetrieb Grunwaldzka 20.
7723 Telefon 48.

Obstbäume

gesund, sortenecht, billig
Beerensträucher
und alles andere Pflanzmaterial.
Große Posten Kastanien
zur Wegebepflanzung. 7430
Robert Böhme
Ogrodnictwo T. z o. p.
Bydgoszcz
Jagiellońska 16. **Telefon 42.**

Jeder
praktische Landwirt
nutzt die günst. Möglichkeit aus, durch
Kartoffel-Lieferungen
an die
Unamel - Fabrik
in Unisław seinen Bedarf an **Speisesirup, Marmelade, Kunsthonig, Bonbons usw.** einzutauschen. 7445

Erfolgr. Unterricht i. **Englisch** u. **Französisch** erteilen **T. u. A. Furbach, Cieszkowskiego 24,** 1 lks. (früh. 11). Französisch-englische Uebersetzung. Langjähr. Aufenth. in England u. Frankreich.

Uebernehme größere und kleinere Positionen **Stab- und Parkett-Fußböden** zum Verlegen. **Lege alte Böden um.** Beste Reparatur. Gutes Abziehen, Reinigen und Bohnern. **Willy Behnke** Parkettverleger, **Bydgoszcz,** ul. Kościuszki 23.
3818

Maschinen-Strickerei billig bei 3452
Boy, Gdańska 32.

Heirat

Tauschheirat
wünschen zwei Landwirte, evgl., 1,80, von denen einer 120 Morg. besitzt. Dam. bis 40 J. w. Zuschr. u. **A. 7735** an die Geschst. d. Zeitg. einsd.

Landwirtsfrau mit 100 Morg. **sucht** evang. Landwirt v. 30—38 J. **zw. Heirat.** Off. mit Bild und Vermögensangabe unter **Nr. 7728** an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Grudziądz.**

Landwirt, evgl., 44, 200 Morg., u. seine Schwest., 40, wünschen
Tauschheirat.
Zuschrift. unt. **Z. 7734** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evang., jung. Mädel, musik., berufst., Gymnasialbild., mit vollst. gut. Aussteuer, möchte die Bekanntsch. ein. gebildeten Herrn in sich. Lebensstellung **zwecks spät. Heirat** machen. Off. mit Bild u. **K. 3830** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Einheirat!
Konditormeister
(Ostpreuße) m. eigenem Geschäft (Tages-Caffé), 25 J. alt, evgl., 170 groß, wünscht mit **nett., jung., deutsch. Fräulein,** welch. Lust u. Liebe für diese Branche hat, bekannt zu werden. Etwas Verm. erwünscht. Ernstgem. Zuschrift. mit Bild (sof. zurück) unt. **U. 7692** an die Geschst. d. Ztg. erbet.

Landwirtschaftl. Beamter
evangel., Mitte 20 er, 9000 zł Verm., wünscht sich mit gebild. Dame im Alter bis 26 Jahren zu **verheiraten,** am liebsten **Einheirat in Landwirtschaft.** Bild-Offerten werden unter **Nr. 7708** an die Ann.-Exped. **E. Caspari, Swiecie n. W.,** erbeten.

Weihnachts-Wunsch!
2 evang. Besitzertöchter, Schwestern, 22 u. 24 J., wirtschaftl. u. häuslich, wünsch. **Herrenbekanntschaft zwecks Heirat,** am liebst. Beamter od. bess. Handwerker. Aussteuer u. etw. Vermög. vorh. Off. unt. **N. 3760** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Geldmarkt

Gute Hypothek
Mk. 25 000, a. Berliner Haus geg. Grundst. in Polen zu tausch. gesucht. Offerten unter **Z. 3800** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Kaufmann
Witw., 50, kath., alleinst., mittl. Größe, man sagt nicht häßlich, sucht für seine Konservenfabrik
eine Teilhaberin.
Spätere Heir. nicht ausgeschloss. Intell., anpassungsfäh. Damen werd. gebeten, ihre Offerten unter **B. 3808** an die Geschäftsst. d. Zeitg. einzur. Diskretion Ehrensache.

10000 zł
als 1. Hypoth. auf 65 Mg. groß. Grundstück, Nähe d. Stadt Bydg. Sichere Zinszahler. Offert. unt. **J. 3828** a. d. Geschst. d. Z.

10—15000 Zł.
geg. sofort realisierbare Sicherh. gesucht, evtl. Gewinnbeteilig. Offert. unter **M. 3835** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Darlehen
amortisierbare, langfr., a. Privatgeld., schnellst. Zinssatz niedrig. Off. u. **H. 7659** a. d. Geschst. d. Z.

Offene Stellen

Untervertreter gesucht, auch Grossisten, für den Verkauf (an Läden, Genossenschaft. usw.) eines **geldsparend. Konsumartikels,** ohne Konkurrenz. Verdienst 25 %. Bewerbung erb. unter Nr. 300 an 7727
Fa. L. Schreiber Jabłonowo (Pom.)

Suche per sofort
Eleven
ev. Landwirtssohn, der deutschen u. poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig. 7709
Lindau,
Lignowy, p. Pelplin.

Unverh. Gärtner
erfahren in Gemüsebau und Obstbaumkultur, zum sofortigen Antritt **gesucht.** Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschriften z. senden an
W. Heymann
Skrzeszewo, p. Kartuzy, poczta Przyjażu. 7725

Schmiede-Lehrling
von sof. gesucht. **Kraass,** Schmiedemeister. 3792
Bydg., Fordońska 28.

Suche zum 15. Novbr.
evangelisches
Stubenmädchen
mit Näh- und Plättkenntnissen. 7726
Frau Gutsbesitzer
Kahmann, Bobowo,
p. Starogard (Pom.)

Suche zum 15. 11. zuverlässiges, tüchtiges
Hausmädchen
das fäh. ist, zeitweise d. Haush. allein zu leit., m. frdl., kinderl. Wesen, f. kl. herrschaftl. Haush. zu zeitgemäß. Gehalt. Offerten unter **R. 3838** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuche

Routinierter
Hauslehrer
mit 8 Kl.-Gymn., firm in polnischer Sprache (Spezialität: Mathematik, Physik, Polnisch
sucht Stellung
auf größerem deutschen Gute. Gefällige Offert. unt. **„Einsamer" S. 7683** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Ehrlich. tücht., zuverl.
Müller und Mühlenbauer, 28 J. a., m. all. neuz. Masch. und vork. Arb., a. m. Elkt., Schlosserarb., Saug- u. Rohölmotor, Wasser- und Dampfm. R. u. W. K. n. Geschäftsmüll. best. vertr., **sucht Stellung z.** 1. 12. 33 od. später. Gute Zeugn. u. eig. Werkzeug vorhanden. Werte Zuschriften unter **W. 7732** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Müllergeselle, evgl., **sucht Stellung** von sof. oder später auf Motor- oder Dampfmühle. Gfl. Offerten unter **O. 7670** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Solider, strebsamer
Fleischergeselle
sucht Stellung. 7684
B. Stephan, Wyrzysk.

Evgl. Lehrerin in ungek. Stellung, staatl. gepr., erfolgr. langjhr. Praxis u. gut. Zeugn. Lehrbefäh. b. U.-Tertia einschl. (ohne Polnisch), **sucht Stellung** zum 1. 2. 33 od. früher evtl. sofort. Lehrerl. vorh. Angeb. mit Gehaltsang. unter **G. 7657** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Verkäuferin sucht, gestützt auf gute Zeugn., i. **Kolonial-** od. **Manufakturwarengesch.** Stell. Könnte evtl. im Haushalt mithelf., bes. gute Koch- und Nähkenntn. Off. unt. **L. 3831** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Aelt., gebild., alleinsteh. Witwe aus gut. Hause, sehr erf. in Land- und Stadthaushalt, gut poln. sprechend, **sucht selbständigen**
Wirkungskreis
bei älterem bess. Herrn. Ohne Gehalt. Wert wird a. gute Behandlg. gelegt. Gefl. Off. unt. **R. 7585** an die Geschst. d. Z.

Evgl. Mädch. v. Lande sucht Stellung als
Stütze od. Köchin
v. sof. Off. u. **Z. 3712** an die Geschst. d. Ztg.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 255.

Bromberg, Dienstag, den 7. November 1933.

Pommerellen.

6. November.

Graudenz (Grudziądz).

Ermäßigung der Gaspreise.

Von der Stadtbehörde wird Herabsetzung der Gaspreise bekanntgegeben. Danach treten mit dem 15. November d. J. nachstehende Gebühren in Kraft:

1. Gas für den Hausgebrauch: von 1—20 Kubikmeter monatlich 30, von 21—50 Kbm. 29, von 51—100 Kbm. 28, und von 100 Kbm. und mehr 27 Groschen pro Kubikmeter. Bei größerem Gasverbrauch als im vorigen Jahre wird eine Vergütung von 5 Prozent gewährt. Die Auszahlung dieser Vergütung findet zweimal im Jahre statt, und zwar am 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres.

2. Gas zu gewerblichen Zwecken: bei einem Verbrauch bis 100 Kbm. verpflichtet der Tarif für den Gashausgebrauch; von 101—200 Kbm. monatlich 27, von 201 bis 400 Kbm. 24, von 401—600 Kbm. 21, von 601—1000 Kbm. 18, von 1001—1500 Kbm. 16, von 1501 Kbm. und mehr 15 Groschen pro Kubikmeter.

Der Gaspreis für Heizung von Räumen ist wie folgt festgesetzt: bis zu 100 Kbm. monatlich 20, von 100 und mehr Kbm. 15 Groschen pro Kubikmeter.

Die mindestzulässige Menge an verbrauchtem bezw. an nichtverbrauchtem Gas ist für die Konsumenten unter 1. und 2., wie bisher, auf 1 Złoty festgesetzt worden; hierzu treten die Pachtgebühr für die Gasuhr und 5 Prozent zugunsten des Arbeitsfonds vom tatsächlichen Gasverbrauch. *

× **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 23. bis zum 28. Oktober d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 12 eheliche Geburten (5 Knaben, 7 Mädchen), sowie 2 uneheliche Geburten (Knabe und Mädchen); ferner 12 Eheschließungen und 10 Todesfälle, darunter 2 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (Knaben). *

× **Genehmigte Sammlung für arme Taubstumme.** Das Starostwo Grodzkie hat eine in der Zeit bis zum 1. Dezember d. J. dauernde Hauskollekte für die bedürftigsten Taubstummen in Graudenz genehmigt. Die Sammler müssen eine vom Starostwo Grodzkie bestätigte Liste vorweisen können. *

× **Ein besonders betrübendes Zeichen der Zeit** sind Diebstähle an geweihter Stätte. Von der katholischen Kirchenbehörde wird mit Rücksicht darauf, daß sich in letzter Zeit Diebereien dieser Art mehrfach ereignet haben, darauf aufmerksam gemacht, daß man während der Kommunion nicht die Handtaschen in den Bänken zurücklassen solle. Die Kirchen und Friedhöfe werden der Fürsorge der Parochianen dringend empfohlen. *

× **Ergriffene Einbrecher.** Am 29. v. M. wurde bei dem Landwirt Erich Herlich in Weißheide (Białybór) ein kühner Einbruch verübt und dabei eine Anzahl Sachen im Werte von etwa 300 Złoty gestohlen. Der Kreispolizei, die sofort eine energische Suche nach den Tätern ins Werk setzte, gelang es, die Einbrecher in den Personen von Stanisław Dziura und Paweł Koregin zu ermitteln und festzunehmen. Die gestohlenen Gegenstände wurden in der Nähe des von Dziura bewohnten Hauses in der Erde vergraben aufgefunden und dem Bestohlenen zurückerstattet. Die Arretierten brachte man ins Untersuchungsgefängnis nach Graudenz. *

× **Bestrafte Kohlendiebe.** Vor dem Burggericht hatten sich Josef Piotrowski, Franciszek Ziętek und Franciszek Górski wegen Stehlens von Kohlen aus dem Keller des Klassischen Gymnasiums zu verantworten. Sie waren auf frischer Tat ergriffen worden. Das Urteil lautete auf je 6 Monate Gefängnis, billigte ihnen, mildernde Umstände in Erwägung ziehend, Bewährungsfrist zu. *

A. **Der Sonnabend-Wochenmarkt** brachte wieder überaus reichliche Zufuhr, sowie flotten Verkehr. Die Preise waren demgemäß. Butter kostete 1,20—1,50; Eier aber haben angezogen, so zahlte man schon 1,70—1,80; Weißkäse kostete 0,10—0,40; Weintrauben 1,30—1,50; Birnen 0,25—0,50, Äpfel 0,15—0,40, Walnüsse 1,00, Tomaten 0,10—0,15, Rotkohl, Grünkohl 0,10, Wruken, rote Rüben, Mohrrüben 0,08 bis 0,10, Blumenkohl 0,15—0,30, Salat 0,05, Radieschen 0,10 bis 0,15, Spinat 0,20—0,25 Kartoffeln Zentner 2,20—2,50, Pfund 0,03; Gänse Stück 4,50—6,00, Enten 2,50—3,80, Puten 3,50—5,00, Hühner 1,30—3,00 Tauben 0,90—1,00, Fasanen Stück 1,80—2,00; Hasen 2,50—4,00. An den Fischständen gab es Karpfen zu 1,00, Hechte 0,80—1,00, Barsche 0,60—0,80, kleine Aale 0,80, Neunaugen 0,70—0,80, Plötze 0,25—0,50. 8Bdch. Kien erhielt man für 0,20, 1 Sack Kleinholz für 1,20 bis 1,40, Tannengrün und Palmkätzchen für 0,10—0,15; Pilze für 0,15—0,25. *

Thorn (Toruń).

v **Von der Weichsel.** Der Thorner Pegel zeigte Sonnabend früh einen Wasserstand von 1,12 Meter über Normal an. — Die Passagierdampfer „Stanisław" und „Batory" passierten die Stadt auf der Fahrt von Warschau nach Danzig, „Witeź" und „Fredro" in umgekehrter Richtung. Aus Warschau trafen in Thorn ein Schlepper „Spółdzielnia Wisła" mit einem Kahn und „Katowice" mit zwei Kähnen. Der gleichfalls aus Warschau kommende Dampfer „Warneńczyk" trat am gleichen Tage die Rückfahrt an. Schlepper „Steinkeller" fuhr mit einem mit Zucker und einem mit Getreide beladenen Kahn stromab nach Danzig. * *

* **Achtung, Hausbesitzer!** Die ausgefüllten Mieterlisten sind nicht, wie angegeben, in den Briefkasten im Finanzamt (Urząd Skarbowy) zu werfen, sondern dort auf Zimmer 24 im dritten Stockwerk abzugeben. * *

v **Aufhebung der Hundesperre.** Die in den ersten Tagen des September d. J. durch die Stadtbehörden angeordnete Hundesperre wurde, da in der Zwischenzeit keine weiteren Tollwutfälle sich ereigneten, mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die vierfüßigen Freunde können daher wieder ohne Maulkorb und Leine auf die Straße gelassen werden. * *

v **Schutzimpfungen.** Da die Zahl der an Scharlach und Diphtheritis erkrankten Kinder in der letzten Zeit im ständigen Zunehmen begriffen ist, erinnern wir daran, daß in der Beratungsstelle für Mütter und Kinder in der Wallstraße (ulica Mały), neben der Hauptfeuerwache, Schutzimpfungen an Kindern bis zu 15 Jahren kostenlos ausgeführt werden. * *

v **Bestätigtes Urteil.** Das Thorner Appellationsgericht als Revisionsinstanz bestätigte in der Verhandlung gegen den Verleger St. Kalinowski und den verantwortlichen Redakteur Józef Sikora der im vorigen Jahre in Thorn erschienenen kommunistischen Zeitschrift „Świt" das erstinstanzliche, auf 3 bzw. 2 Jahre Gefängnis lautende Urteil in vollem Umfange. * *

≠ **Straßenunfälle.** Bronisław Piekarski, Geretstraße (ul. Chrobrego) 43, befand sich Freitag mittag mit seinem Zweispännerfuhrwerk auf der Chaussee zwischen Lissomitz und Ostichau (Lysomice und Ostaszewo) hiesigen Kreises und wurde hier von dem Lastauto mit Anhänger einer Gdingener Transportgesellschaft angefahren. Dabei trug ein Pferd Verletzungen davon und wurde das Fuhrwerk beschädigt. Die Polizei klärt die Schuldfrage. — Am Nachmittag desselben Tages überfuhr der Chauffeur Aleksy Zwoliński in der Breitestraße (ul. Szeroka) den elf Jahre alten Alexander Karasiewicz, Schwerinstraße (ul. Batorego) 69. Der Knabe kam zum Glück mit nur leichten Verletzungen davon. — Sonnabend vormittag wurde ein radfahrendes junges Mädchen auf dem Altstädtischen Markt (Rynek Staromiejski) von einem Fuhrwerk angefahren und umgerissen. Während er selbst unverletzt davonkam, wurde das Hinterrad ihrer Maschine völlig zerstört. * *

v **Der letzte orkanartige Sturm** hat, wie wir jetzt erst erfahren, auch die am Ufer der Bazarkämpe stehende städtische Badeanstalt stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Teil der Badeanstalt wurde abgerissen und an das rechte Ufer unterhalb der neuen Wegebrücke getrieben, wobei einige in der Badeanstalt befindliche Schwimmkörbe von der Strömung mitgerissen wurden. * *

v **Wer ist der Eigentümer?** Als gefunden abgegeben wurde am 1. d. M. im Fundbureau des Magistrats ein Koffer mit Inhalt. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich daselbst zur Empfangnahme melden. * *

‡ **Fünf kleine Diebstähle** wurden am Freitag der Polizei angemeldet. Dieser gelang es, einen sofort aufzuklären. Zur Protokollierung kamen neun Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. — Zdzisław Sulecki, Tuchmacherstraße (ul. Sukiennicza) 16, meldete den erfolgten Verlust seiner 300 Złot Wert besitzenden goldenen Taschenuhr an. — Wegen Diebstahls und unter dem Verdacht des Diebstahls von Eisenbahnkohlen wurden je eine Person festgenommen; eine wegen eines kleinen Diebstahls gleichfalls arretierte Person wurde nach erfolgter polizeilicher Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Wegen Trunkenheit erfolgte eine Sistierung. * *

‡ **Aus dem Landkreis Thorn,** 4. November. Aus unermittelter Ursache kam vorgestern kurz vor Mitternacht auf dem Grundstück des Landwirts Władysław Gołębiewski in Gramtschen (Grębocin) Feuer aus, dem Scheune und Stall mit totem Inventar zum Opfer fiel. Der Schaden von etwa 2000 Złoty ist durch Versicherung gedeckt.

---

ch **Berent** (Kościerzyna), 5. November. Vom Konitzer Bezirksgericht wurde auf der Ausreisesitzung in Berent u. a. der Handlungsgehilfe Stanisław Krzeczkowski wegen falscher Aussage vor Gericht im Verfahren Kapeluszny-Ostrowski zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Gemäß der neuen Selbstverwaltungsordnung werden in den Stadtverordnetenwahlen am 26. d. M. in Berent sechzehn Stadtväter in vier Wahlbezirken gewählt.

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 4. November. Einen Unglücksfall erlitt der 11jährige B. Kierstein. Er wurde von einem Zuckerrübenwagen überfahren, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden.

Unbekannte Täter statteten dem Geflügelstalle des Landwirts Thom in Drinkenhof einen Besuch ab und ließen dabei sämtliche Gänse mitgehen.

tz **Konitz** (Chojnice), 5. November. Der Verein für Leibesübungen hielt am Donnerstag seine Monatssitzung ab, bei der verschiedene wichtige Vereinsangelegenheiten besprochen wurden. Es ist geplant, am 25. November d. J. für die Mitglieder einen Unterhaltungsabend zu veranstalten.

Unbekannt Diebe drangen in der Donnerstag-Nacht in den Keller des Gastwirts Alois Zakrzewski in Lichnau und stahlen dort 25 Flaschen Wein und 15 Flaschen Likör im Werte von 200 Złoty.

Ein Schadenfeuer entstand in der Koschneiderei, in der Scheune der Frau Schreiber in Damrau. Die Görsdorfer Feuerwehr war schnell zur Stelle, konnte aber weder die Scheune noch die Erntevorräte darin retten. Da noch einige landwirtschaftliche Maschinen mitverbrannt sind, beläuft sich der Schaden auf etwa 6000 Złoty.

Der letzte Wochenmarkt war gut besucht. Butter kostete 1,40—1,70, Eier 1,70—1,80, Ferkel 18—24,00 Złoty.

O **Münsterwalde** (Opalenie), 4. November. Der letzte große Sturm hat auch hier bedeutenden Schaden an Bäumen und Zäunen angerichtet. Dem Gutsbesitzer Reichhoff in Aplinken wurde durch den Sturm ein großer Teil des Scheunendaches beschädigt, indem die Verschalung mit der Pappe und einer Menge Sparren fortgerissen und vernichtet wurde. Die Lichtleitung versagte ganz, nachdem vorher mehrfach Störungen durch den Sturm eintraten.

Neuenburg (Nowe), 6. November. Neuenburgs Bewohner stehen vor neuen Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung. Die erforderlichen Wählerlisten müssen bis zum 16. d. M. eingesehen werden, um eine etwaige unzutreffende oder fehlende Eintragung eines Wählers richtigstellen zu können. Die Wahl findet am 26. November statt.

Dere Dachstuhl eines Gebäudes im Hofe eines am Markt gelegenen Hauses ist vor einigen Tagen zusammengestürzt und hat das ganz Gebäude in einen Trümmerhaufen verwandelt. Ein ganz besonders glücklicher Zufall waltete hierbei ob, da eine mehrköpfige Familie, die im ersten Stock eine Wohnung inne hatte, nur wenige Tage vor dem Einsturz diese verlassen hatte.

g **Stargard** (Starogard), 5. November. Zu dem letzten Vieh- und Pferdemarkt waren auch einige Taschendiebe aus Graudenz erschienen. Sie hatten es auf einen Landwirt aus Sumin namens Szpigel abgesehen, der eine Kuh verkauft und insgesamt gegen 300 Złoty bei sich hatte. Einer der Strolche trat an Szpigel heran und fragte ihn, ob er nicht eine Kuh günstig kaufen wolle. Der Ahnungslose ging mit den Dieben etwas abseits, um Näheres über den günstigen Kauf zu erfahren. Dabei griff der Anführer, ein gewisser Poniatowski, schnell nach der Geldtasche des Landwirts. Dieses wurde von einem Landwirt aus Pinschin bemerkt, der sofort hinzusprang und zusammen mit dem Überfallenen den Taschendieb fürchterlich verprügelte und ihn der Polizei übergab.

a **Schwetz** (Świecie), 5. November. In einer der letzten Nächte sind Diebe bei dem Besitzer Stanislaus Kalinowski in Warlubien hiesigen Kreises eingebrochen und haben dort Damen- und Herren-Garderobe, Wäsche, eine Mandoline, ein Damenfahrrad, ein Herrenfahrrad, einen Radioapparat und einen Topf mit Honig gestohlen. Der Schaden beträgt 1500 Złoty. — In derselben Nacht haben Diebe bei dem Restaurateur Teodor Falkowski daselbst 8 Liter Schnaps gestohlen.

Die Brüder Kamiński von hier, in der Adlerstraße wohnhaft, gerieten in Streit, wobei der eine der Brüder, der vom Militär gekommen war, ein Messer aus der Tasche zog und dem andern den Leib aufschlitzte. Der Schwerverletzte starb noch in derselben Nacht.

Auf dem heutigen Wochenmarkt, der gut beliefert und besucht war, kosteten Butter 1,50—1,70, Eier 1,70—1,80 die Mandel. Kartoffeln wurden mit 1,80—2,00 der Zentner angeboten.

P **Vandsburg,** 5. November. Der Tochter eines hiesigen Eisenbahnbeamten wurde vor kurzem ein wertvolles Fahrrad gestohlen.

Laut Bekanntmachung des zuständigen Finanzamtes müssen von sämtlichen Gewerbetreibenden und Handelsunternehmen die Gewerbe- und Handelspatente sowie Registrierkarten in der Zeit vom 2. November bis 31. Dezember d. J. ausgekauft werden.

Ein Feuer entstand am letzten Sonntag kurz vor Beginn einer Veranstaltung eines polnisch-katholischen Vereins im Ehrlich-Saale, wo infolge Überheizung eines Eisenofens die nahe Wandbekleidung Feuer fing. Dank dem Eingreifen umsichtiger Teilnehmer wurde das Feuer im Entstehen erstickt, wodurch ein größeres Unglück verhütet wurde.

Thorn.

* **Wittenburg,** 5. November. Die Kapellengemeinde Polkau-Lindhof beging in herzlicher Dankbarkeit die 25-Jahrfeier ihres Gotteshauses. Als das Gut Polkau seiner Zeit durch die Ansiedlungskommission erworben und besiedelt worden war, wurde das Gutshaus zu einer Kapelle mit anschließender Pfarrwohnung umgebaut. Die Einweihung vollzog Generalsuperintendent D. Döblin am 21. August 1908. Die Beteiligung an der Jubiläumsfeier war so stark, daß die geräumige Sakristei zur Unterbringung der für diesen Tag vereinigten Kirchenchöre Polkau-Wittenburg und Osterbitz sowie des Wittenburger Posaunenchors herangezogen werden mußte. Sie war für diesen Tag würdig erneuert worden wie auch das Äußere des Gebäudes einen neuen Anstricht bekommen hatte. Das Dach ist erst vor wenigen Monaten umgedeckt worden, und der Frauenverein Polkau-Lindhof hat in größter Opferbereitschaft die Mittel aufgebracht, um die Kapelle mit einer neuen, sehr würdigen Altar- und Kanzelbekleidung zu schmücken. Die Festpredigt hielt Superintendent Benicken. In der Nachfeier am Nachmittag gab der Ortspfarrer Engel einen Überblick über die vergangenen 25 Jahre. Er gedachte insonderheit der Gefallenenu; die Posaunen unterbrachen seine Ansprache durch die Weise vom guten Kameraden. Mit guten Wünschen gedachte er auch des 25 Jahre lang seines Amtes waltenden Küsters Klingenberg. Der Höhepunkt des Tages wurde der Festvortrag des früheren Ortspfarrers Superintendent Syring. Zur reichen Ausgestaltung des Festes haben die Lieder eines großen Chores und die Weisen der unermüdlichen Bläser beigetragen. Das Verdienst der vorzüglichen Vorbereitung des Festes gebührt Schwester Ruth Leszczynski.

Der 10. November kirchlicher evangelischer Feiertag.

Nachstehender Aufruf von Generalsuperintendent D. Blau mahnt zu würdiger Feier des Luthertages. Er wurde in den Gottesdiensten am Reformationstage von den Kanzeln verlesen.

Evangelische Männer und Frauen!
Söhne und Töchter unserer lieben Kirche!

Die ganze evangelische Christenheit rüstet sich, D. Martin Luthers 450. Geburtstag zu feiern. Unsere Kirche hat vor allem Grund, dieses Tages in dankbarer Freude und heiliger Verantwortung zu gedenken. Ist ihr doch in besonderer Weise durch ihre geschichtliche Führung vom Herrn die Aufgabe anvertraut, das Evangelium der Reformation in der Diaspora zu bekennen und zu pflegen.

Der 10. November soll darum ein hoher Festtag unserer Kirche werden.

In allen Gemeinden sollen die Glocken zum Gottesdienst rufen. Wo es möglich ist, soll in Gemeindefeiern die Gestalt des Reformators in Wort, Lied und Bild vor die Gemeinde treten. Die Jugend soll sich begeistern für den tapferen Glaubenshelden im Kampf für die Wahrheit des Evangeliums und die Freiheit des an Gott gebundenen gläubigen Gewissens. Die Kinder sollen aufschauen zu dem frommen Mann, der ihnen die schönsten Lieder gesungen, die Bibel in der lieben Muttersprache gegeben und im kleinen Katechismus die Hauptstücke christlichen Glaubens gedolmetscht hat.

Aber der 10. November soll mehr als ein Festtag werden, er soll uns zu ernster Besinnung auf die Güter der Reformation und zum mannhaften Bekenntnis, zum Glauben unserer Väter rufen. Die Geschichte der evangelischen Kirche in unserem Lande weiß von viel Not und Leiden zu erzählen, aber nicht minder von unerschütterlicher und opferbereiter Treue. Wir wollen nicht geringer sein als unsere Väter. Wir wollen neue Treue geloben unserem Glauben, unserer Kirche, unserem Volkstum.

Wir wissen, daß Luther der ganzen Welt gehört, und wir wollen uns heute dankbar und freudig zur brüderlichen Verbundenheit mit allen denen bekennen, die mit uns auf dem Boden der Reformation stehen, sei es in ihrem Mutterland, sei es hierzulande, sei es, wo es immer sei in der weiten Welt.

Aber wir sind stolz und dankbar, daß Luther ein Deutscher war und darum in besonderem Sinne wir ein Recht haben, ihn den unseren zu nennen. Die Verschmelzung evangelischen Glaubens und deutschen Wesens in seiner Person soll uns eine Mahnung sein zu inniger Verbundenheit von Kirche und Volkstum, von Glaube und Heimat.

So rufe ich euch alle, Männer und Frauen, alt und jung, vornehm und gering, zu diesem Tage auf zu gemeinsamer Feier und zu gemeinsamem neuen Geloben. Keiner darf dahinten bleiben! Der Herr der Kirche aber segne uns das Gedächtnis Martin Luthers zur Neuerweckung und Stärkung evangelischen Glaubens und Lebens.

Der Generalsuperintendent
(—) D. Blau.

x **Zempelburg** (Sępólno), 6. November. Wegen Fahrraddiebstahls zum Schaden der unverehelichten Anna Schacher aus Gr. Lutau hatte sich der Arbeiter W. Tuchalski aus dem benachbarten Orte Groß-Wisniewke vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Er wurde zu 3 Monaten Haft verurteilt.

Der hiesige am alten Markt wohnhafte Bäckermeister Anton Janiszewski konnte am 3. d. M. sein 25jähriges Meisterjubiläum feiern.

Zum Tode verurteilt.

Das Krakauer Sondergericht verkündete das Urteil im Prozeß gegen das Ehepaar Jan und Marja Malisz, die bei einem Raubüberfall in Krakau den Geldbriefträger Przebinda und die greisen Eheleute Süßkind ermordeten. Jan und Marja Malisz, die beide 25 Jahre alt sind, wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Verteidiger haben Begnadigungsgesuche an den Staatspräsidenten gerichtet. Der Staatspräsident machte jedoch von seinem Begnadigungsrecht nur in bezug auf die Marja Malisz Gebrauch und änderte die Todesstrafe auf lebenslängliches Gefängnis um. Das Todesurteil gegen Jan Malisz wurde am Sonnabend 10 Uhr abends vollstreckt.

Görings große Anklage vor dem Reichsgericht.

Die politische Vorgeschichte des Reichstagsbrandes.

Berlin, 6. November.

Die Sonnabend-Verhandlung im Reichstagsbrandstifter-Prozeß wurde von sensationellen Enthüllungen des Ministerpräsidenten Göring über die KPD und der Klarstellung der Vorgänge in der Brandnacht ausgefüllt. Wir geben nachstehend die Fortsetzung der Anklagerede Görings wieder:

Der organisierte kommunistische Terror.

Der Reichstagsbrand kam für mich ebenso überraschend wie für jeden anderen anständig denkenden Menschen. Wenn wir selbst auch gewiß den Parlamentarismus bekämpften, und wenn wir diesen Kampf jahrelang geführt haben, so hatten wir ihn vom Jahre 1924 an doch in durchaus legaler Weise geführt. Wenn wir also trotzdem immer wieder scharf gegen den Parlamentarismus auftraten, so haben wir niemals in Abrede gestellt, daß auch der nationalsozialistische Staat durchaus Wert darauf lege, ein Gremium zu besitzen, das aus dem Volke selbst heraus und durch das Volk gewählt, mit der Regierung zu beraten habe. Wir haben uns nur gegen die Art und Weise des Parlamentarismus gestellt, seine Auswirkung, seine verheerende Parteiherrschaft usw. Es war also für uns nicht notwendig, symbolhaft zu zeigen, daß wir nun den parlamentarischen Staat vernichtet hatten und nun das Haus noch zu vernichten. Als ich am 30. Januar von unserem Führer berufen wurde, zunächst als Wichtigstes das preußische Innenministerium zu übernehmen, da war mir die Aufgabe klargestellt. Das preußische Innenministerium galt damals als jenes Ministerium, von dem aus durch die Exekutive der aktivste Kampf geführt werden konnte. Von hier aus mußte der Umschwung einsetzen, auch die Bekämpfung der Feinde des neuen Staates erfolgen.

Der Führer hat mich ausdrücklich zu diesem Zweck auf den Posten berufen. Er hat an meine Energie appelliert,

den Kommunismus mit allen Mitteln zu vernichten.

Nach unserer Auffassung ging in den letzten Jahren der Kampf überhaupt nicht mehr zwischen nationalsozialistischer Bewegung einerseits und dem Novemberstaat, der Weimarer Verfassung und den Parteien andererseits, sondern ausschließlich zwischen zwei Weltanschauungen: zwischen der Weltanschauung des Aufbaues, des Nationalsozialismus, und der der Anarchie und der Zerstörung, des Kommunismus. Das ganze Volk sah in mir den Vorkämpfer gegen den Kommunismus und erwartete von mir in raschester Folge, daß nun tatsächlich diese Gefahr beseitigt wurde. Wären wir nicht gewesen, hätte sich die nationalsozialistische Bewegung nicht dem Kommunismus entgegengestellt, **so wäre der Kommunismus schon 1924 oder 1925 in Deutschland an die Macht gekommen.** Die Kommunisten wurden vom 30. Januar überrascht; sie hatten sich immer noch dem Gedanken hingegeben, daß wir bis auf weiteres jedenfalls nicht zum Zuge kommen würden. Sie hatten damals Versuche gemacht, in unsere SA-Organisation einzudringen und diese zu zersetzen. Sie rechneten damit, daß das Volk weiter ins Elend kam, und hofften, durch Hervorrufung von Unzufriedenheit im nationalsozialistischen Lager Zuläufer zu finden. Da kam der 30. Januar. Wir wissen alle, daß es bis zum Morgen des 30. Januar auch für unsere Partei eine Überraschung war. Nun mußten sie ihre Taktik umstellen. Sie mußten irgendwie auch aktiv werden. Ich bin überzeugt, daß die Kommunisten so überrascht waren, daß sie zu einer einheitlichen Aktion in den ersten Tagen nicht gekommen sind. Ich glaube, es wird der berühmte Hühnerhof da drüben gewesen sein, in diesen Tagen. Aber irgendwie handeln mußten sie. Ich setze die Terrorakte von Rotmord als bekannt voraus, die gerade in der letzten Zeit vor unserer Machtergreifung zugenommen hatten. Man rechnete so: wenn wir die Anzahl der Morde, während der Staat nicht dagegen einschritt, erhöhen, so muß entweder eine Gegenaktion erfolgen, oder aber die NSDAP muß in eine Vertrauenskrise hineingeraten.

Dazu gehörte auch die Bildung von illegalen „Selbstschutz"-Organisationen. Schon vor der Machtergreifung und schlagartig mit dem Tage der Machtergreifung setzten die Terrorakte der KPD mit Uniformen und Ausweisen unserer Leute ein. Diese Terrorakte, die diese Leute selbst ausgeführt haben, sind dieselben, die sie im Braunbuch als nationalsozialistische Terorakte bezeichneten. Der größte Teil davon ist von kommunistischen Spitzelorganisationen, von Leuten in nationalsozialistischer Kleidung und mit nationalsozialistischen Ausweisen durchgeführt worden. Deshalb war es meine allererste Verfügung, ein Sonderkommando aufzustellen, das die SA-Männer auf ihre Ausweise zu prüfen hatte. Wir haben auf diese Weise einen ganzen Haufen von Leuten abfangen können, die sich in unsere Uniformen gesteckt hatten.

Nicht unbedenklich waren auch Angriffe dieser Terrorgruppen auf Ausländer. Man wollte damit das Ausland gegen Deutschland mobil machen, zum Teil leider auch mit Erfolg. Wir haben im Verfolg dieser scharfen Maßnahmen dagegen festgestellt, daß das in den meisten Fällen Spitzel waren. Diese Terrorakte waren dadurch zustandegekommen, daß man von langer Hand bewußt Spitzel in unsere Reihen geschickt hatte, wo die Leute alles taten, um in Unterführerstellen zu gelangen.

Es tauchten dann gefälschte Befehle an die SA von angeblichen SA-Leitungen auf, wonach u. a. der Reichspräsident und das preußische Innenministerium beseitigt und die Polizei durch die SA ersetzt werden sollte. Diese „Befehle" wurden dem Reichspräsidenten, dem Minister Hugenberg, dem Stahlhelm und mir übersandt. Sie waren zweifellos ein wichtiger Bestandteil in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, denn sie sollten in erster Linie die größte Verwirrung in die bestehende Konzentration hineinbringen und andererseits die SA zu illegalen Handlungen hinreißen. Auf Grund meiner jetzigen Erfahrung glaube ich sagen zu dürfen, es handelt sich hier um ein Mosaik, bei dem viele Hunderte oder Tausende von Steinchen zusammengestellt blitzartig das klare Bild des gewaltsamen Aufruhrs zur Beseitigung der bestehenden Staatsmacht ergaben. Ein anderer kommunistischer Anschlag richtete sich auf ein wichtiges Magazin der Polizei, in dem u. a. die Panzerwagen, die schnellen Kraftwagen usw. lagerten. Dorthin kam nämlich ein angeblicher Befehl von mir, zu einer bestimmten Zeit einen großen Teil der Magazinbestände, hauptsächlich auch der Kraftwagen, an ein bestimmtes angebliches **SA-Kommando zu übergeben.**

Glücklicherweise wurde mir dieser gefälschte Befehl vorgelegt und seine Urheber bekamen offenbar davon Wind, so daß die angeblichen SA-Leute zur Empfangnahme der angeforderten Fahrzeuge usw. nicht erschienen. Wer diese angeblichen SA-Leute gewesen sind, brauche ich hier nicht weiter zu erörtern. Herr Torgler wird uns vielleicht nachher erzählen, seine Leute wollten damit spazieren fahren. (Heiterkeit.) **Tatsächlich ist doch für jeden Einsichtigen klar, daß es sich hier um einen Versuch handelte, den bewaffneten Aufstand durchführen zu können. Die Kommunisten versuchten eben, mit allen ihnen irgendwie zweckdienlich erscheinenden Mitteln ihr Ziel zu erreichen. So ist uns bekannt geworden, daß sie Terroraktionen verüben wollten, wobei u. a. an Brückensprengungen gedacht war, und daß sie führende Nationalsozialisten durch Giftmorde beseitigen wollten.**

Der Kommunismus ist eine Bewegung, die nur durch größten Terror und Mord groß werden kann. Beispiele in anderen Staaten sind dafür erbracht worden. Man sehe sich den spanischen Aufstand an. Wir können mit Material dienen, wie bestialisch die Kommunisten die Menschen hingemordet, hingerichtet und gefoltert haben. Da will man mir sagen, diese Unschuldslämmer seien nicht imstande, Giftmorde zu begehen? Der Mord ist überhaupt die erste Dienstanweisung, die der Kommunismus ausgegeben hat. Mit ihm wollte er sich in den Sattel setzen und im Sattel halten.

Ich möchte hier vor Gericht und vor aller Welt erklären: Heute ist der Kommunismus nicht mehr gefährlich, aber nur, weil ich und meine Leute dafür gesorgt haben, daß von dieser Gefahr nicht mehr in dem Umfange geredet werden kann. Seit acht Monaten haben wir eine ungeheure Arbeit geleistet. Wir haben die Staatspolizei geschaffen, die ununterbrochen Tag und Nacht dauernd wacht.

Die Vorgänge in der Brandnacht.

Göring wandte sich dann dem Reichstagsbrande selbst zu. Meine bisherigen Ausführungen waren eine einzige Feststellung dafür, daß der Reichstagsbrand für mich gänzlich belanglos gewesen ist. Ich gehe einen Schritt weiter, damit die Kommunisten mich auch richtig verstehen. Der Reichstagsbrand ist mir sogar äußerst unbequem gewesen, wie einem Feldherrn, der einen groß angelegten Schlachtplan durchführen will und durch eine impulsive Handlung des Gegners gezwungen wird, plötzlich eine ganz andere Schlachtstellung einzunehmen. Ich hatte mich darauf vorbereitet, eine gewisse Zeit den Aufbau um die kommunistische Partei herum noch zu beobachten. Kein Mensch hätte mich von meiner Auffassung abbringen können, daß in den nächsten drei bis vier Wochen, also spätestens nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages, in einem Augenblick, wo die kommunistischen Mandate kassiert wurden, die Kommunisten zu einer Handlung kommen mußten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollten. Diese Handlung wollte ich abwarten, um den Kommunismus dann mit einem Schlage zu treffen, von dem er sich nicht wieder erholen konnte.

Ich erkläre vor der ganzen Welt: Ich bedauere, daß durch den Reichstagsbrand sich eine gewisse kommunistische Führung vom Galgen gerettet hat. Es war meine feste Absicht, die Führung zu vernichten in dem ersten Augenblick, wo eine Aufstandshandlung begangen wurde. Lediglich die Rücksicht auf die allgemeine Volksstimmung hat mich bewogen, daß ich in der Brandnacht schon den ersten Angriff eröffnete.

Göring an der Brandstätte.

Wie gewöhnlich bin ich am Tage des Brandes gegen 11 Uhr vormittags ins Innenministerium gefahren. Ich hatte dort in den ganzen Wochen bis in die Nacht hinein gesessen, war es doch die Zeit, wo der innerste Apparat vollständig gesäubert und umorganisiert werden mußte. So saß ich auch an jenem Tage dort. Mitten in dieser Arbeit — es mochte 9 Uhr gewesen sein — kam die Nachricht: Der Reichstag brennt. Ich bin überhaupt nicht auf die Idee gekommen, daß der Reichstag angesteckt worden sein könnte, und dachte an einen Brand durch Unvorsichtigkeit oder so etwas. Ich wollte die Verbindung herstellen lassen, hatte aber das Gefühl: du bist Reichstagspräsident und fährst direkt hin. Als wir durch das Brandenburger Tor fuhren, stoppte der Wagen einen Augenblick vor der Polizeikette. Ich fragte: Was ist los? und hörte, wie von irgend jemand das Wort „Brandstiftung" fiel.

Da kam, so ruft der Ministerpäsident aus, zum erstenmal für mich der Gedanke an eine solche Brandstiftung. Es war mir, als wenn sich mit einem Male der Vorhang vor meinen Augen öffnete. In diesem Augenblick wußte ich: die kommunistische Partei ist die Schuldige an diesem Brande. Ich hätte nur gewünscht, daß die übrige Welt das genau so gesehen hätte.

Ich wollte nu zunächst gegenüber dem Hause des Reichstagspräsidenten, in dem ich übrigens gar nicht wohnte, ins Gebäude. Die Feuerwehr war noch dabei, die Türen zu öffnen, und ich rief noch hinein: Schlag doch die Tür einfach ein! Dann bin ich zu Portal II gelaufen und ließ mir den Oberbranddirektor Gempp kommen. Er hielt mir einen kurzen Vortrag über seine Maßnahmen und fragte mich nach weiteren Befehlen. Ich sagte nur: Nein, hier haben Sie die Verantwortung! Ich bin dann durch das Portal II ins Gebäude gegangen. Von unten wurde ich auf einen Brandherd aufmerksam gemacht. Ich stürzte nach oben in Richtung zur Bücherei, weil nach meiner Ansicht im Reichstag zwei besonders wichtige Dinge vorhanden waren: diese Bücherei und die Gobelins, die in einem Raum hinter der Diplomatenloge aufbewahrt wurde. Ich habe Anweisung gegeben, beides nach Möglichkeit zu sichern, und nun bog ich auf den Plenarsaal zu. Ich sah, daß er in hellen Flammen stand. Aber es war doch noch zu erkennen, daß hier verschiedene Brandherde vorhanden gewesen waren. Die Diplomatenloge brannte noch ganz für sich. Ebenso sah ich deutlich den Brand auf dem Präsidentensitz, und konnte zwischen den Brandherden Stellen sehen, die noch nicht vom Feuer erfaßt waren. Schon in den nächsten 10 Minuten einigte sich das Feuer zu einem gewaltigen Flammenmeer, bis die Decke zerbrach und ein gewaltiger Sog einsetzte. Es handelte sich — das war zu sehen — **um eine Brandstiftung** ganz großen **Ausmaßes.**

Ich habe dann Berichterstattung an den Führer angeordnet. Ich ging dann nach meinem Zimmer und traf dort den Reichskanzler und Herrn von Papen. Die Herren hatten die gleiche Empfindung wie ich. Unsere unerschütterliche Überzeugung war, daß die Reichstagsbrandstiftung ein Fanal der Kommune war. Der Reichskanzler nannte es ein Zeichen des Himmels, das anzeige, wohin es geführt hätte, wenn diese Gesellschaft zur Macht gekommen wäre.

Aus seinen Worten klang die unbedingte Entschlossenheit: jetzt ist Schluß. Daraufhin traf ich in meiner Eigenschaft als preußischer Innenminister meine Anordnungen gegen die Kommunisten, die vom Reichskanzler gutgeheißen wurden. Ich schützte zunächst alle historischen Gebäude und vor allem auch die Museen, um die unersetzlichen kulturellen Güter der Nation zu schützen.

Ich hatte damals vor, den Brandstifter

van der Lubbe

sofort noch in der Nacht aufhängen zu lassen,

und daran hätte mich niemand gehindert. Wenn ich es nicht tat, dann nur aus dem Grunde, weil ich mir sagte: einen haben wir, es muß aber eine ganze Schar gewesen sein. Vielleicht brauchen wir den Mann noch als Zeugen. Diese Erwägung hat mich davon abgehalten, mit aller Deutlichkeit zu zeigen: wenn die eine Seite entschlossen ist, zu zerstören, daß dann die andere Seite entschlossen ist, sich das nicht gefallen zu lassen.

Es lag auch nahe, daß man nur van der Lubbe gefaßt hatte, denn die anderen Beteiligten haben sich im Reichstag ausgekannt. Während sie wußten, wo sie herauskamen, hat van der Lubbe den Ausgang nicht gefunden. Die andern aber sind die schlimmsten. Meiner Überzeugung nach haben sie den Gang benutzt. Ich betone noch einmal, der Gang führt nicht bei mir hinaus, sondern hinter meinem Maschinenhaus. Es ist mit Leichtigkeit möglich, sich in der Dunkelheit an der Mauer die Spree entlang dünne zu machen. So, glaube ich, ist es gewesen. Weil ich diese Auffassung hatte, habe ich mich bereit erklärt, daß Lubbe zunächst abgeführt wurde. Wir mußten uns fragen, wer als Nächstbeteiligter in Frage kommt. Es wurde festgestellt, daß Torgler und Koenen die letzten im Reichstag waren. Es war selbstverständlich, daß ich daraufhin sofort ihre Verhaftung anordnete. Herr Torgler, das möchte ich ihm zum Trost sagen, wäre sowieso verhaftet worden, genau wie alle anderen kommunistischen Führer, deren ich habhaft werden konnte.

Ich habe dazu Graf Helldorf kommen lassen. Wenn er hier ausgesagt hat, daß er die Sache in eigener Verantwortung gemacht hatte, so muß ich die kleine Einschränkung machen, daß zwar im Detail ich ihm freie Hand ließ — ich sagte nicht: Sie müssen diesen oder jenen verhaften — aber daß ich ihm als oberster SA-Führer den klaren Befehl gegeben hätte, daß mit einem Schlag und mit dem Einsatz aller Kräfte alles festgenommen werden müßte. dessen er habhaft werden könnte, Führer und Unterführer, die Spitzel und alle Strolche darum herum. Ohne den dankenswerten Einsatz der SA. wäre überhaupt der kolossale Erfolg dieser Nacht,

in der 4000 bis 5000 kommunistische Führer hinter Schloß und Riegel gebracht werden mußten,

nicht denkbar gewesen.

Ich bin im Verlauf der nächsten Stunden hier im Hause geblieben. Dann fuhr ich mit dem Reichskanzler und dem Vizekanzler zurück ins Innenministerium, wo wir noch einmal die Lage besprachen. Es wurde beschlossen, daß ich meine Versammlungen während der Wahlzeit zunächst einstellte und Berlin nicht verließ. Mir wurde Vollmacht gegeben, alle notwendigen Anordnungen zu treffen. Am nächsten Vormittag fand eine Kabinettssitzung statt, in der ich über den ganzen Komplex der kommunistischen Gefahr Vortrag hielt. Die weiteren Vorgänge sind bekannt. Ich habe es dann für richtig gehalten, das Volk durch den Rundfunk über die kommunistische Gefahr aufzuklären.

Betonen möchte ich — so schloß Ministerpräsident Göring seine zweistündigen Ausführungen — daß ich persönlich keinen Zweifel habe und nicht in meiner Auffassung zu erschüttern bin,

daß der Reichstag von mehreren Leuten angesteckt worden ist.

Ich möchte weiter betonen, daß, wenn das Gericht die Aufgabe hat, die Schuldigen festzustellen, es dann meine Aufgabe ist, die Drahtzieher an der gesamten furchtbaren Verhetzung des Volkes festzustellen. Mag der Prozeß ausgehen, wie er will. Die Schuldigen werde ich finden und sie ihrer Strafe zuführen.

Fragen an Göring:

Oberreichsanwalt Werner: Herr Ministerpräsident, ich möchte nur zwei kurze Fragen an Sie richten: Es ist im Ausland behauptet worden, daß sowohl Sie als auch Herr Reichsminister Dr. Göbbels in der Zeit vom 25. bis zum 27. Februar trotz der Wahlzeit auffälligerweise keine Wahlreden anberaumt hätten, und es wird daraus gefolgert, daß man sich den Tag der Reichstagsbrandstiftung freigehalten hätte, um dabei zu sein.

Ministerpräsident Göring: Die Frage ist sehr einfach zu beantworten. Wir sind gewiß die prominentesten Vorkämpfer unserer Bewegung und haben als solche im aktivsten Wahlkampf zu stehen. Wir sind aber nebenbei auch Minister. Gerade im Moment des Aufbaus konnte ich nicht Berlin auf 14 Tage oder 3 Wochen verlassen. Als wir den Wahlkampf begonnen haben, wurde im Kabinett festgestellt, daß sich alle Herren Dienstag und Mittwoch zur Kabinettssitzung bereit halten. Darüber hinaus hatte ich selbstverständlich noch ganz bestimmte Zeiten, die ich mir frei halten mußte, um die laufenden Geschäfte erledigen zu können. Das gleiche war an diesem Tage für mich der Fall. Dr. Göbbels war Leiter der Reichspropaganda der Partei für den Wahlkampf. Man findet in jedem solchen Wahlkampf zwei Tage, an denen Dr. Göbbels in Berlin gewesen ist, eben dieser Propaganda-Arbeiten wegen.

Oberreichsanwalt Werner: Ich darf dann noch eine andere Frage stellen, die ungefähr das Letzte ist, was in der Auslandspresse noch vorgebracht wird. Es ist

Das sogenannte „Oberfohren-Memorandum".

Es wird zwar nicht mehr behauptet, daß Oberfohren der Verfasser dieses Dokuments gewesen wäre, sondern man gibt zu, daß ein anderer es verfaßt hat. Oberfohren soll aus seinen Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei und zu deren Kabinettsmitgliedern gewisse Kenntnisse über Vorgänge im Kabinett erworben haben in der Richtung, daß zwischen — wenn ich mich einmal so ausdrücken soll — den bürgerlichen Ministern und den Ministern der nationalsozialistischen Partei Differenzen hinsichtlich der Tatsache des Reichstagsbrandes bestanden hätten.

Ministerprädent Göring: Das Oberfohren-Memorandum ist selbstverständlich gefälscht. Ich muß hierbei auf einen Komplex zurückkommen, den zu erörtern wenig angenehm ist. Was die Behauptung von Differenzen im Kabinett hinsichtlich der Frage des Reichstagsbrandes anbelangt, so kann ich nur sagen: Wollte Gott, daß ein Kabinett immer so restlos einig in der Beurteilung einer Sache ist.

Seit das Kabinett besteht, sind nur geringfügige Veränderungen eingetreten; Minister Hugenberg hat sich entschlossen, jüngeren Kräften Platz zu machen. In der Frage des Reichstagsbrandes hat es zwischen Minister Hugenberg und uns keinerlei Differenzen gegeben. Auch mit den anderen Ministern nicht.

Ich möchte nur allen denen, die im Ausland darüber schreiben, wohlwollend wünschen, daß ein jedes Kabinett eine solche übereinstimmende Harmonie aufzuweisen hat,

wie das heutige Reichskabinett. Mögen uns Fragen technischer und wirtschaftlicher Art von Minister Hugenberg dann und wann unterschieden haben — in der Ablehnung des Kommunismus und des Marxismus und in der ganzen Ablehnung des Novembersystems war Minister Hugenberg mit uns so sehr auf einer Linie, daß das vielleicht das Stärkste gewesen ist, was ihm unsere Sympathien so gesichert hat, daß wir ihn auch jetzt wieder auf unserer Linie aufstellen. Er hat in dieser Beziehung niemals Kompromisse gemacht.

Man spricht nun von einem Oberfohren-Memorandum. An sich war schon der Selbstmord des Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion eine Sensation, und nun sagte man sich: Hier hat uns das Schicksal einen Bundesgenossen gegeben, auch wenn er tot ist, den wir in der allgemeinen Hetze ausgezeichnet gebrauchen können. Oberfohren hat sich aus einem Grunde erschossen, der nach den Auffassungen, die wir noch von Ehre haben, eigentlich vorausgesetzt werden kann. Minister Hugenberg führte die deutschnationale Partei sehr stark selbständig nach dem Führerprinzip und setzte sich auch dabei durch. Sein Fraktionsführer im Reichstag, Dr. Oberfohren, gab ihm wohl in der Öffentlichkeit in seiner Anwesenheit recht und trat ihm bei.

Aber hinter dem Rücken kämpfte er auf das schärfste gegen seinen eigenen Führer.

Seinerzeit erhielten führende politische und wirtschaftliche Persönlichkeiten Briefe, die Herrn Hugenberg sehr stark angriffen und ihn sogar persönlich bezüglich seiner Parteiführung in schmutziger Weise belasteten. Diese Briefe waren anonym. Die Briefschreiber vermutete man bei denjenigen Leuten, die aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden waren. Eines Tages wurde mir von einer Telephonüberwachung die Mitteilung gemacht, daß Herr Oberfohren mit einer Dame, die, wie sich später herausstellte, seine Sekretärin war, ein Gespräch gehabt habe, aus dem hervorgegangen sei, daß Oberfohren angebliches Belastungsmaterial gegen nationalsozialistische Führer ausnutzen wollte. Die Sekretärin sei aber nicht auf die Wünsche Oberfohrens eingegangen.

Die daraufhin von mir in Oberfohrens Berliner Bureau veranlaßte Haussuchung förderte überraschenderweise die Klischees zu den anonymen Briefen gegen Hugenberg zutage, die ich diesem sofort vorlegte. Kurze Zeit darauf kam die Nachricht von dem Selbstmord Oberfohrens.

Scharfer Zusammenstoß mit Dimitroff.

Unter allgemeiner Spannung im Saal erhebt sich nun der Angeklagte Dimitroff, um an den Ministerpräsidenten einige Fragen zu stellen. Er meint: Der Zeuge ist **Ministerpräsident von Preußen und gehört der Nationalsozialistischen Partei an.** Graf Helldorf hat ausgesagt, daß **am 12. Februar gegen 11.30 Uhr nachts er selbst aus eigener Initiative den Befehl gegeben hat, die kommunistischen und sozialdemokratischen Führer zu verhaften.** Ich frage den **Herrn Ministerpräsidenten: Hat damals Graf Helldorf mit Herrn Göring die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandstiftung besprochen oder nicht?**

Ministerpräsident Göring: Die Frage ist eigentlich schon von mir beantwortet. Als Graf Helldorf von dem Brand hörte, war ihm wie jedem von uns klar, daß die Kommunistische Partei es gewesen sein mußte. Er hatte in seiner Umgebung schon die Anordnungen getroffen. Aber ich habe ihm dann selbstverständlich gesagt, daß ich ihn jetzt bitten müsse, seine SA zur Verfügung zu stellen. Es müßten jetzt alle verhaftet werden, worauf er mir sagte, das habe er zum Teil schon angeordnet.

Dimitroff fragt weiter, ob nicht die Ansicht des Ministerpräsidenten, daß die Kommunisten die Reichstagsbrandstifter gewesen seien, auch für die Einstellung der polizeilichen Untersuchung und der richterlichen Untersuchung richtunggebend gewesen sei.

Zeuge: Die Kriminalpolizei hat gesetzlich festgelegte Anweisungen, daß sie bei allen Verbrechen ihre Untersuchungen in jeder Richtung vortreibt, gleichgültig, wohin sie führen. Die Kriminalpolizei wird allen Spuren nachgehen, beruhigen Sie sich! Ich aber habe festzustellen, ob es sich um ein politisches Verbrechen handelt. Es war ein politisches Verbrechen, und in demselben Augenblick war es für mich klar, daß in Ihrer Partei die Verbrecher sitzen.

Dimitroff hat mit höhnischen Gesten einzuwerfen: Die Partei, die, wie der Zeuge sagt, diese verbrecherische Weltanschauung hat, regiert aber den sechsten Teil der Erde. Die Sowjetunion hat diplomatische, politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Durch ihre Bestellungen bekommen deutsche Arbeiter Arbeit. Ist das bekannt, so fragt Dimitroff frech.

Ministerpräsident Göring: Das ist mir schon bekannt. Es handelt sich hier um eine ausländische Macht, und was in Rußland gemacht wird, ist mir gleichgültig.

Ich habe nur mit der Kommunistischen Partei in Deutschland zu tun, und — so ruft der Ministerpräsident, immer schärfer in seiner Tonart werdend, aus — mit den ausländischen Gaunern, die hierher kommen, um den Reichstag anzustecken. (Bravorufe im Zuhörerraum.)

Auch hier hat Dimitroff etwas zu entgegnen; er meint: Die bolschewistische Weltanschauung regiert die Sowjetunion, das größte und beste Land der Welt! (Heiterkeit!) Ist das bekannt?

Göring (scharf): Bekannt ist im deutschen Volk, daß Sie sich hier unverschämt benehmen und hierher gelaufen kommen, den Reichstag anzustecken und sich dann noch hier mit dem deutschen Volke Frechheiten leisten. Sie sind auch einer von den Gaunern, der an den Galgen gehört. (Lebhafte Bravorufe im Zuhörerraum.)

Als nun Dimitroff wieder in seiner frechen Art zu fragen ansetzt, wird ihm das Wort entzogen, und da er trotzdem weiter redet, wird er abgeführt. Die dramatische Szene schließt damit, daß Ministerpräsident Göring Dimitroff noch mit lauter Stimme nachruft: „Sie werden noch Angst haben, daß ich Sie erwische, wenn Sie aus dem Gefängnis heraus sind, Sie Gauner Sie!"

Nach einigen Fragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Sack, war die aufschlußreiche und eindrucksvolle Vernehmung des Ministerpräsidenten abgeschlossen. Die Verhandlung wird dann auf Montag vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

„Privatbeamter". Anspruch auf eine Rente bei Arbeitslosigkeit haben Sie nicht. Diesen Anspruch haben Sie nur bei dauernder Invalidität oder infolge Alters. Der Anspruch auf eine dieser Renten besteht 18 Monate nach Ende der Zwangsversicherung und nach Aufhören einer etwaigen freiwilligen Fortsetzung der Versicherung. In den 18 monatigen Zeitraum wird aber u. a. nicht gerechnet die Zeit, in der Sie eine die Versicherungspflicht bedingende Beschäftigung nicht finden konnten, wenn Ihnen das Arbeitsvermittlungsamt die Arbeitslosigkeit während dieser Zeit bescheinigt.

A. St. Plowez. Von den sechs Nummern ist keine ausgelost.

R. O. F. Die Nummer 39 332 ist am 9. Oktober gezogen worden.

Esra. Sie könnten das Service nur als Heiratsgut nach Polen hereinbekommen, da die Einfuhr von Porzellan verboten ist.

H. S. Peperzyn. Wir haben bis heute keine derartige Gesellschaft feststellen können, glauben aber, Ihnen in 2—3 Wochen Bescheid geben zu können.

Franz. Die Frage unter 1 bezüglich der eventuellen Eintragung ins Grundbuch werden wir in 4 Wochen etwa beantworten können. Ein solcher Fall liegt nämlich zur grundsätzlichen Entscheidung dem hiesigen Gericht vor. Sowie die Entscheidung bekannt wird, erhalten Sie Nachricht. 2. Wenn der im gemeinsamen Testament vorgesehene Erbe vor dem überlebenden Teil stirbt, kann der überlebende letztwillig frei über den Nachlaß verfügen. Stirbt er ohne Testament, beerben ihn seine gesetzlichen Erben.

Weidmannsheil Nr. 1265. Das Grundstück haftet für die dingliche Forderung; bei Restkaufgeldern beträgt die Aufwertung 18³/₄ Prozent. Sie sind persönlicher Schuldner und haften für die höhere Aufwertung. Ihr Sohn würde für diese persönliche Forderung nur haften, wenn er als Ihr Erbe anzusehen ist bzw. wenn das Grundstück Ihr einziges Vermögen darstellt und also eine Vermögensübernahme nach § 419 B. G.-B. in Frage käme. Wenn Sie die Investitionen in der angegebenen Höhe nachweisen können, dürfte die Aufwertung zu hoch sein. Legen Sie „Berufung" ein, wenn die Festsetzung der Aufwertung durch Urteil erfolgt ist bzw. machen Sie eine „sofortige Beschwerde", falls die Festsetzung im unstreitigen Verfahren erfolgt ist. Das Gericht wird — sofern Sie entsprechende Unterlagen haben — die Aufwertung festsetzen unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen dem Wert beim Kauf und nach Vornahme der Investitionen.

S. 87. Für die von Ihnen angegebenen Steuern und Abgaben haftet das Grundstück, infolgedessen hat sie der im Grundbuch eingetragene Eigentümer zu zahlen. Daß das Grundstück hoch belastet ist und die Mieten gepfändet sind, hat keine Bedeutung für die grundsätzliche Frage, wer zu zahlen hat, sondern nur Bedeutung für die Eintreibung der Forderung.

Fritz O. in Pr. Sie brauchen dem Mieter, der mit zwei aufeinander folgenden Mietsraten im Rückstande ist, nicht erst zu kündigen sondern können sofort gegen ihn auf Exmission klagen. Aber ohne diese Klage können Sie nicht gegen ihn unternehmen und können ihm auch das Betreten der Werkstätte nicht verbieten. Die Durchführung der Exmission kann erst erfolgen auf Grund eines gerichtlichen Vollstreckungsurteils. In Ihrem besonderen Falle erscheint es uns aber fraglich, ob Sie jetzt schon befugt sind, die Exmissionsklage einzureichen. Sie haben bei dem Vertragsabschluß sich ausbedungen Mietszahlung vierteljährlich im voraus. Sie können den Mieter also nach dem Wortlaut des Gesetzes erst dann auf Exmission klagen. wenn der Mieter trotz Mahnung Ihrerseits mit zwei Vierteljahrsraten der Miete im Rückstande ist. Da die Miete für August bezahlt ist, scheint uns der Exmissionsfall noch nicht gegeben.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 8. November.

Deutschlandsender.

06.35: **Konzert.** 09.40: Kindergymnastik. 10.10: **Konzert.** 11.00: Stunde der deutschen Hausfrau. 12.00 ca.: **Kleine Stücke großer Meister** (Schallplatten). 14.00: **Konzert** (Schallplatten). 14.30: Parole des Tages. 14.35: Schallplattenkonzert (Fortsetzung). 15.00: Jugendstunde. 15.45: Schöne deutsche Mären. 16.00: **Konzert.** 17.00: Der Reichspressechef der NSDAP und Führer des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Dr. Otto Dietrich, liest aus seinem Buch: „Mit Hitler in die Macht". 17.20: Konzert des Beethoven-Chors und des Orch. der Stein-Hardenberg-Schule, Berlin-Spandau. 18.00: Parole des Tages. 18.05: Deutschland verteidigt seinen Rechtsstandpunkt in Versailles. 18.25: Orgelkonzert. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Querschnitt durch die klassische Operette.** 20.05: **Tanzmusik mit verteufelten Solo-Einlagen.** 22.00: Nachrichten. 22.45: Seewetterbericht. 23.10: Von München: **„Die historische Nacht".** 24.00—00.20: Von München: **„Die Nacht der Toten".**

Breslau-Gleiwitz.

06.35: **Konzert.** 08.00: Schallplatten. 11.45: Für die Landwirtschaft. 12.00: **Konzert.** 14.10: Schubert-Lieder. 15.15: Preußische Disziplin. 15.30: Pädagogische Arbeitsgemeinschaft. 16.05: Unterhaltungskonzert. 17.40: Vierzehn Tage roter Schrecken im Vogtland. 18.00: Landwirtschaftlicher Preisbericht. Anschl.: Tänze für Cello und Klavier. 18.30: Russisch für Fortgeschrittene. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Querschnitt durch die klassische Operette.** 22.00: Von München: Österreich. 22.25: Nachrichten. 23.10: Von München: **Die historische Nacht.** 24.00—00.20: Von München: **Die Nacht der Toten.**

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.05: Schulfunkstunde. 11.05: Landmaschinenfunk. 11.30: **Konzert.** 13.05: Schallplatten. 15.05: Unterhaltungsmusik. 16.00: **Konzert.** 17.45: Ansprache zur Parole des Tages. 17.50: Lehrerstunde. 18.20: Kammermusik. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Querschnitt durch die klassische Operette.** 20.00: Nachrichten. 20.10: **Abendmusik.** 22.00: Von München: Nachtkonzert. 23.10: Von München: **Die historische Nacht.** 24.00—00.20: Von München: **Die Nacht der Toten.**

Leipzig.

06.35: **Konzert.** 12.00: **Konzert.** 16.00: Jugendnachmittag. 17.25: Lieder zur Laute. 18.00: Siehe Deutschlandsender. 18.20: Schallplatten. 18.40: Parole des Tages. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Querschnitt durch die klassische Operette.** 20.00: **Vater ist dagegen.** Das ist eine heitere Feststellung, die uns u. a. mit zwei dramatischen Berichten von Heinz Stratz bekannt macht, nämlich: a) Die bittersüße Minne; b) Amor in Venedig. 21.00: **Stimmen der Völker.** 22.00: Tages- und Sportnachrichten. 23.00 bis 24.00: Nachtmusik.

Warschau.

12.05: Rumänische Musik (Schallplatten). 12.38—13.00: Kosakenchöre (Schallplatten). 15.40: Arien und Lieder. 16.55: Salonmusik (Schallplatten). 17.05: Violinvortrag. 18.20: Leichte Musik. Jazzkapelle und heitere Monologe. 20.15: Aus dem Konservatorium: **Konzert der Vereinigung der Freunde alter Musik.** Kammermusik-Orch., Dir.: Wilkomirski. Szleminska, Sopran; Drzewiecki, Klavier; am Flügel: Rosenbaum. 22.30: **Tanzmusik.** 23.05: **Tanzmusik.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Danzig-polnische Verhandlungen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Am 4. 11. 33 haben unter dem Vorsitz des neutralen Sachverständigen, Ministerialdirektor Nederbracht (Holland) weitere Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über den passiven Veredlungsverkehr begonnen.

Am 6. 11. 33 werden ferner Verhandlungen über die beiderseitigen Anträge auf Abänderung des Warschauer Abkommens beginnen. Diese Verhandlungen finden unter einer Kommission statt, die aus dem vom Rat des Völkerbundes ernannten Sachverständigen, Professor Calmès (Luxemburg) und Ministerialdirektor Sonbotich (Jugoslawien) besteht.

Auslandskapital in der polnischen Industrie.

Die polnische Presse veröffentlicht eine äußerst interessante Aufstellung, in wie starkem Maße in der polnischen Industrie ausländisches Kapital arbeitet. Besonders trifft das natürlich für die Schwerindustrie zu. Diese Aufstellung ergibt folgendes Bild:

	Anzahl der A.-G.	Aktienkapital insgesamt Zloty	Auslandskapital in %
Naphtha-Industrie	35	273 069 750	84,0
Berg- und Hüttenindustrie	49	920 148 128	77,1
Metallindustrie	154	244 399 185	28,8
Elektrotechnische Industrie	39	103 596 520	47,4
Elektrizitätswerke	21	185 258 606	75,4
Mineral-Industrie	78	106 224 200	21,5
Chemische Industrie	117	205 157 290	41,5
Holz-Industrie	97	47 436 775	25,9
Papier-Industrie	28	84 998 000	25,8
Graphische Industrie	43	35 957 000	2,1
Textil-Industrie	153	528 242 111	28,1
Konfektions-Industrie	25	18 301 500	0,8
Leder-Industrie	28	17 913 460	24,6
Lebensmittel-Industrie	148	167 989 150	16,0
Zucker-Industrie	58	168 468 600	9,5
Bauindustrie	69	34 677 750	19,2
Transport-Industrie	74	218 211 449	28,5
Präzisions-Erzeugnisse	7	2 590 000	10,8
Handel	153	63 465 110	17,2

Bemerkenswert ist, daß der Anteil des Auslandskapitals in langsamem aber ständigen Wachsen begriffen ist, und zwar sowohl in absoluten als auch in prozentuellen Zahlen; folgende Tabelle gibt darüber Aufschluß:

1. 1. 1930	1347	3 313 733	38,1
1. 1. 1931	1366	3 342 957	44,6
1. 1. 1932	1392	3 385 108	45,6
1. 1. 1933	1414	3 460 423	46,7

Nach Ländern geordnet beläuft sich der Anteil des Auslandskapitals in den letzten drei Jahren wie folgt (in %):

Kapital	1. 1. 1933	1. 1. 1932	1. 1. 1931
Frankreich	24,4	24,6	25,8
Deutschland	23,4	23,7	25,0
Amerika	21,9	20,1	21,3
Belgien	10,0	11,1	9,4
England	4,9	4,7	4,8
Österreich	3,5	4,4	3,9
Holland	2,8	2,5	1,8
Schweiz	2,8	2,5	1,8
Schweden	2,3	2,8	2,0
Italien	1,5	0,8	0,8
Tschechoslowakei	1,1	1,3	1,1

Im einzelnen beläuft sich der Anteil des Auslandskapitals an den wichtigsten polnischen Industrien (in A.-G.-Form) laut dem Stand vom 1. 1. 1933 bei Frankreich auf 395,2 Mill. (hiervon in der Naphtha-Industrie 134,6, in der Berg- und Hüttenindustrie 153,4, in der Textil-Industrie 53,7, in den Elektrizitätswerken 17,2, in der Papier-Industrie 12,9 Mill, Zloty).

An zweiter Stelle steht das deutsche Kapital mit 378 Mill. (in der Berg- und Hütten-Industrie 254,6, in den Elektrizitätswerken 50, in der Metall-Industrie 18,2, in der Textil-Industrie 17,2, im Verkehrswesen 12,7 Mill. Zloty).

Amerikanisches Kapital ist mit 353,6 Mill. vertreten (in der Berg- und Hütten-Industrie 255,4, in der Naphtha-Industrie 75,5 Mill. Zloty). Belgisches Kapital folgt mit 161,6 Mill. (Elektrizitätswerke 57,5, Berg- und Hütten-Industrie 35,5, Verkehrswesen 26 Mill. Zloty).

Der Anteil der übrigen Staaten bleibt durchweg unter 80 Mill. Zloty.

Nicht aufgeführt sind in der Statistik die Anteile Danzigs, Dänemarks, Jugoslawiens, Lettlands, Rumäniens und Ungarns, die sämtlich unter 1 % des Gesamtkapitals bleiben.

Feste Preise für Agrarprodukte auch in USA.?

Wie „United Preß" erfährt, beabsichtigt Präsident Roosevelt, nunmehr für die führenden Agrarprodukte einen festen Preis zu bestimmen. Dieser Entschluß Roosevelts wurde bei der Konferenz mit den Gouverneuren der fünf Staaten des mittleren Westens gefaßt. Obwohl keine amtliche Mitteilung über das Ergebnis dieser Konferenz gemacht worden ist, ist es der „United Preß" gelungen, aus zuverlässiger Quelle folgende Preise für die Chicagoer Börse als von Roosevelt geplant in Erfahrung zu bringen: Weizen 1,39 Dollar pro Bushel, Mais 0,94 Dollar pro Bushel, Gerste 0,79 Dollar pro Bushel, Hafer 0,50 Dollar pro Bushel, Flachs 2,71 Dollar pro Bushel, Schweine 11,32 Cents pro Pfund (amerikanisch), Schlachtvieh 10 Cents pro Pfund (amerikanisch, Lebendgewicht), Zuckerrüben 8,91 Dollar pro Tonne.

Roosevelt hat bei dieser Maßnahme zweifellos den Plan des Reichsernährungsministers Darré zum Vorbild genommen.

Kritik an der Exporttätigkeit der staatlichen Forstverwaltung Polens.

Die Zeitschrift „Drzewo", das Organ des Generalrates der polnischen Holzverbände, hat kürzlich in einer Meldung aus London verschiedene Einzelheiten über den Holzexport der polnischen Staatsforstverwaltung nach England veröffentlicht. In diesen Informationen war gesagt, daß die polnischen Staatsforsten in letzter Zeit unglaublich niedrige Holzofferten am englischen Markt abgegeben haben, daß die Lieferungstermine nicht mit solcher Pünktlichkeit eingehalten werden wie früher, ferner, daß infolge der verspäteten Lieferungen verschiedene Abnehmer erheblich beunruhigt seien, daß die englischen Importeure unter dem Eindruck ständen, daß die polnischen Staatsforsten in diesem Jahre Verkäufe in Mengen getätigt hätten, welche ihre Produktionsleistung übersteigen, und schließlich, daß infolgedessen der Londoner Generaldirektor der englischen Importeure nach Warschau gereist sei, um an Ort und Stelle die Sachlage zu überprüfen.

Gegen diese Informationen nimmt der „Rynek Drzewny" scharf Stellung und bemerkt, daß diese Informationen in keiner Hinsicht den Tatsachen entsprächen. Das Blatt spricht die Erwartung aus, daß der Generalrat der polnischen Holzverbände, in dessen Blatt diese tendenziösen Berichte erschienen seien, unverzüglich dazu Stellung nehme, ob er sich mit den Ansichten seines Organs identifiziert oder ob diese Nachrichten von außerhalb in die Zeitschrift lanciert worden seien. EWD.

Enttäuschte Hoffnungen.

Die Vereinigten Staaten sind dazu übergegangen, Gold auf den internationalen Märkten aufzukaufen. Dadurch sind die Hoffnungen derer, die eine baldige Stabilisierung des Dollars erwarteten, aufs neue enttäuscht worden, denn jeder größere Ankauf von Gold drückt zwangsläufig auf den Dollarkurs. Die Newyorker Finanzwelt spricht nunmehr ganz allgemein vom „Gummidollar". Präsident Roosevelt hält an seiner Absicht fest, die Stabilisierung nicht eher vorzunehmen, als bis das Preisniveau von 1926 erreicht sei, was „in ein bis drei Jahren" geschehen könne. In Paris gesellt sich zu der Abneigung gegen die außenpolitische Haltung des amerikanischen Präsidenten (Abreise Norman Davis aus Genf) immer stärker auch die Ablehnung seiner wirtschaftspolitischen Grundsätze. Diese Abneigung machte sich dieser **Tage in einem sehr schroffen Artikel des halbamtlichen Pariser „Temps" gegen Roosevelt Luft.**

Neue Gesinnung in der Wirtschaft.

Der deusche Vizekanzler v. Papen läßt eine Darstellung veröffentlichen, in der er die Forderung nach einer neuen Gesinnung in der Wirtschaft erhebt. Herr von Papen sagt:

Wir mögen noch so viel organisieren und umbauen, nach noch so hervorragenden Plänen das Leben der Nation regeln und fortentwickeln wollen — es wird nur ein kleiner Teil des beabsichtigten Zweckes erreicht werden, wenn es uns nicht gelingt, die Gesinnung der Menschen umzuformen, wenn es nicht möglich ist, die neuen Formen unseres nationalen Lebens auch mit neuem Geist zu erfüllen. Ich verhehle mir nicht, daß die Umbildung des Geistes, des Herzens und Gewissens sehr viel schwieriger und langwieriger ist als eine unmoralisch gewachsene Wirtschaftsstruktur nach organischen Gesichtspunkten neu zu gliedern, klar und übersichtlich zu gestalten. Es gilt nicht nur das Führerprinzip zu proklamieren, man muß auch die nötigen Führer und in den zu Führenden den unerläßlichen Geist der Gefolgschaft erziehen. So liegt die schwierigste, aber auch dankbarste Arbeit der Nation auf dem Gebiete der Erziehung. Das gilt ganz besonders auch für das Gebiet der Wirtschaft. Gerade in der Gegenwart, wo es notwendig ist, das Alte behutsam den Erfordernissen der neuen Zeit anzupassen, Übereilung und damit wirtschaftliche Stockung zu vermeiden, wo also der organisatorische Umbau noch nicht das leisten kann, das er nach seiner Durchführung einmal zweifellos leisten wird, gerade in dieser Zeit des Überganges kommt es entscheidend auf die innere willensmäßige Einstellung aller im Wirtschaftsleben Stehenden an, damit trotz aller Fehler der heute gegebenen Wirtschaftsorganisation doch ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Leistung erreicht wird. Denn:

Die tatsächliche Beseitigung des Klassenkampfes, der friedliche Ausgleich widerstrebender Interessen ist kein irgendwie technisches Problem, sondern ein ethisch-moralisches.

Worin besteht nun die neue Gesinnung im Gegensatz zu der liberalistischen Anschauung? Ihr Fehler lag in der Betonung der Vorherrschaft des Individuums. Auch die Zeit des Liberalismus hat ethisch hochstehende und sozial tief empfindende Menschen gekannt, aber der wesentliche Grundzug dieser Zeit war doch die Atomisierung der Nation, ihre Auflösung in Millionen von Einzelwesen, deren Lebensgesetz das der eigenen Interessen war. In gewaltigem Gleichklang hat der Weltkrieg dann die einzelnen Individuen wieder zusammengefaßt. In den Jahren nach dem Kriege ist dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Unterordnung des Einzelnen unter die unvergängliche Idee der Nation in wachsendem Maße wieder verlorengegangen. Diese beklagenswerte Entwicklung oder vielmehr Rückbildung erklärt sich teilweise aus den Zeitumständen. Der immer schärfer werdende Kampf um die wirtschaftliche Existenz vertiefte vorhandene Gegensätze. Teils lag es aber auch daran, daß es den damals Regierenden an großer Zielsetzung fehlte. Ihre eigene innere Abhängigkeit vom Zeitgeiste, ihre Verkrampfung in Parteidoktrinen und Parteischematismen verhinderte, daß sie zu wahren, mitreißenden Führern der Nation wurden. Unterdessen wuchs die junge Generation heran mit heißer Sehnsucht im Herzen nach aufrüttelnden, nach großen lebenswerten Zielen des Daseins, nach Hingabe an wahre Führung. Aus diesem Sturm und Drang ist die neue Zeit, das dritte Deutsche Reich geboren worden. Noch vieles ist naturgemäß in ihm unfertig; noch bedarf der Most der Klärung und Beruhigung. Aber der Grundzug unseres neuen Reiches wird und muß bleiben, so viel an Einzelheiten sich auch im Laufe der geschichtlichen Entwicklung noch verändern mag. Und dieser alles tragende Grundzug eben ist die neue Gesinnung.

Nun wäre es gewiß ein Fehler, wenn man in das andere Extrem verfallen und alles zu regeln und durchzuführen dem Staate überlassen wollte. Diese Überspitzung des Staatsgedankens müßte notwendigerweise nach einiger Zeit zur Reaktion führen. Die nationalsozialistische Doktrin hat diese Gefahr durchaus erkannt, denn

sie will die Rechte des Staates mit den Rechten des Individuums im harmonischen Ausgleich vereinigen.

Auf die Wirtschaft angewandt heißt das: **Der Staat soll in den großen Linien der Wirtschaftspolitik richtunggebend sein, die Einzeldurchführung aber verbleibt dem Individuum, der privaten Initiative.** In diesem Sinne sind starker Staat und starke Persönlichkeit keine einander ausschließenden Gegensätze, sondern notwendige Ergänzung. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, wenn der Staat nicht selbst wirtschaftet, sondern dies den Privaten überläßt. Es ist aber ebenso folgerichtig, wenn er die alten klassenbedingten Bindungen und Unterschiede aufhebt und z. B. in der Arbeitsfront einen Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Führenden und Ausführenden, Unternehmenden und Mitarbeitenden schafft. Sie sind alle Diener am gleichen Werk, unterschieden nicht durch die Funktion, sondern durch die Leistung. Wiedereinführung der Selbstverantwortlichkeit, Kampf gegen die Macht anonymer Kapitalzusammenballungen, Auflockerung der vorhandenen Bureaukratisierung der Wirtschaft, kurz Wiedereinsetzung der Persönlichkeit in ihre natürlichen Rechte, um so die höchsten Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet für die Nation zu ermöglichen — das sind die selbstverständlichen Forderungen und Ziele des Staates, der nicht um seiner selbst willen da ist, sondern die Lebensgrundlage unseres Volkes bildet.

An diesen allgemeinen Richtlinien hat sich nun im einzelnen auch die Wirtschaft auf ihrem weitverzweigten Gebiete zu orientieren. Sie kann nur mit diesen neuen, und doch im Grunde so ewig alten Ideen leben, niemals gegen sie. Das gilt für Unternehmer und Arbeiter, Händler, Handwerker und Bauer. Der Gedanke der Gefolgschaft, der Unterordnung unter einen Führer, der Genossenschaft, des Zusammenschlusses zu gemeinsamer Aufgabe, sind altes deutsches Ideengut, das in neuer Form und Verkündung heute wieder lebendig wird und Geschichte macht.

Arbeitsbeschaffung durch neue Mittel.

Die Regierung scheint die günstige Stimmung, die durch die Überzeichnung der Inneanleihe vorherrscht, ausnützen zu wollen, und hat durch eine Verordnung dieser für sie günstigen Sachlage Rechnung getragen. Von den vielen in den letzten Tagen veröffentlichten Verordnungen gebührt der

Verordnung über den Investierungsfonds, die im letzten „Dziennik Ustaw" veröffentlicht worden ist, ganz besondere Beachtung.

Die Regierung geht dabei von zwei Richtpunkten aus. Sie gründet einen sogenannten Investierungsfonds innerhalb des bereits bekannten Arbeitsfonds, der bekanntlich alle Einnahmen der Staatsbürger mit einer Sonderabgabe belegt. Damit soll nach außerhin dokumentiert werden, daß der Investierungsfonds keine neue Belastung bringe, sondern eine Erweiterung der wirtschaftlichen Schlagkraft des Arbeitsfonds sein soll. Auf der anderen Seite sei jedoch bemerkt, daß dadurch dennoch im Bereiche der polnischen Wirtschaft eine völlig neue Richtung eingeschlagen worden ist, die auf jeden Fall alle am Inlandsmarkt nur möglichen Kreditquellen bis zum letzten ausschöpfen will.

Der Investierungsfonds untersteht in seinem Arbeitsplane dem Arbeitsfonds. Die für den Investierungsfonds nötigen Mittel sollen aus den Einnahmen der von dem Fonds vorgenommenen Investierungen und von den rückzahlbaren und nicht rückzahlbaren Dotationen des Staatsschatzes eingehen. Zu diesem Zwecke sollen

Bonds im Werte von 100 Millionen Zloty

in den Umlauf gesetzt werden. Nach außenhin erhalten die Bonds den Charakter einer Prämienanleihe, sie werden ausgelost und die ausgelosten Stücke sollen mit einem Vielfachen des Nominalwertes zur Auszahlung gelangen. Ebenso wie bei der Inlandsanleihe, so sollen auch die Bonds zum Nominalwerte bei der Abzahlung von Steuern, staatlichen Gebühren usw. dienen können. Der Besitzer solcher Bonds soll die Möglichkeit haben, diese jederzeit in den Staatskassen und Staatsbanken in Banknoten umzuwechseln.

Die Sicherung dieser Bonds erfolgt durch das Vermögen und die Einnahmen des Investierungsfonds. Als Sicherheit gelten auch das Vermögen und die Einnahmen aus den staatlichen Wäldern, mit Ausnahme der Forstdirektion Bromberg. Die Bonds sind frei von jeglichen Staats- und Kommunalsteuern. Es sollen zunächst 40 000 Bonds in den Verkehr gebracht werden.

Wie wir einleitend bemerken, gehen die Einnahmen dieser Bonds restlos

für Arbeitsbeschaffungszwecke.

Es steht zu hoffen, daß die angekündigten Arbeiten nunmehr in Angriff genommen werden. Die ausgesprochene Hoffnung ist um so beechtigter, als der im Wirtschaftsleben als schwere Belastung empfundene Arbeitsfonds bis jetzt mit seinen Einnahmen keineswegs oder nur in sehr geringem Maße den öffentlichen Arbeiten dienstbar gemacht wurde. Wenn heute in der polnischen Öffentlichkeit darauf hingewiesen wird, daß der Investierungsfonds mit seinen an Lotterielose erinnernden Bonds in Wirklichkeit zur Deckung der verschiedenen Fehlbeträge dienen wird, dann dürfte wohl die Erfahrung beim Arbeitsfonds eine solche Befürchtung diktieren.

Die in der Auslandspresse verbreitete Ansicht, daß die Bonds des Investierungsfonds einem Notgelde gleichkommen, kann nur theoretisch als richtig gelten. Die Bonds sind nicht im währungspolitischen Sinne Notgeld, sie bilden vielmehr eine der vielen Formen der staatlichen Kreditbeschaffung, die in diesem Falle eine Vereinigung zwischen Schatzscheinen, Prämienanleihe und Lotterielos ist.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 6. November auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 4. November. Danzig: Ueberweisung 57,66 bis 57,77, bar 57,68—57,80, Berlin: gr. Scheine 46,90—47,30, Wien: Ueberweisung 79,25, Prag: Ueberweisung 385,00, Zürich: Ueberweisung 57,90, London: Ueberweisung 27,87.

Warschauer Börse vom 4. Novbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 124,25, 124,56 — 123,94, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,27, 173.70 — 172.84, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,05, 359,95 — 358,15, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 124,30, 124,90 — 123,70, London 27,84, 27.98 — 27,70, Newyork *), 5.74 — 5.68, Oslo —, Paris 34,86, 34,95 — 34,77, Prag 26,44, 26.50 — 26,38, Riga —, Sofia —, Stockholm 143,45, 144,15 — 142,75, Schweiz 172,65, 173,08 — 172,22, Tallin —, Wien —, Italien 46,90, 47,02 — 46,78.

*) Newyork Umsätze 5,72—5,71.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,50.

Berlin, 4. November. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,702—2,708, London 13,08—13,12, Holland 169.03—169.37, Norwegen 65.78 bis 65,92, Schweden 67,43—67,57, Belgien 58,42—58.54, Italien 22,05 bis 22,09, Frankreich 16,39—16,43, Schweiz 81,07—81,23, Prag 12,40 bis 12,42, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,57—81,73, Warschau 47,00—47,20.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,70 Zl., do. kl. Scheine —.— Zl., 1 Pfd. Sterling 27,61 Zl., 100 Schweizer Franken 171,97 Zl., 100 franz. Franken 34,72 Zl., 100 deutsche Mark 209,50 Zl., 100 Danziger Gulden 172,59 Zl., tschech. Krone —.— Zl., österr. Schilling —.— Zl., holländischer Gulden 357,65.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 4. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	570 to	14.75
	15 to	14.60
Hafer	75 to	13.50

Richtpreise:

Weizen	18.25—18.75
Roggen	14.50—14.75
Gerste 695—705 kg	13.75—14.00
Gerste 675—685 kg	13.25—13.50
Braugerste	15.75—16.50
Hafer	13.25—13.50
Roggenmehl (65%)	20.75—21.00
Weizenmehl (65%)	29.75—31.75
Weizenkleie	9.25—9.75
Weizenkleie (grob)	10.25—10.75
Roggenkleie	10.00—10.50
Viktoriaerbsen	21.00—25.00
Folgererbsen	22.00—25.00
Sommerwicke	15.00—16.00
Peluschken	14.00—15.00
Leinkuchen	18.00—19.00
Winterraps	39.00—40.00
Rapskuchen	15.00—15.50
Speisekartoffeln	2.45—2.70
Fabrikkartoffeln pro Kilo %	0.13 1/2
Serradella	14.00—15.00

Senf	37.00—39.00
Blauer Mohn	58.00—62.00
Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Heu, lose	—.—
Heu, gepreßt	—.—
Netzeheu, lose	—.—
Netzeheu, gepreßt	—.—
Sonnenblumenkuchen 46—48%	18.50—19.50
Sojaschrot	23.00—23.50
Klee, rot	160.00—180.00
Klee, weiß	80.00—120.00
Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—110.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: **Roggen 1035 to, Weizen 60 to, Hafer 30 to, Gerste 15 to, Roggenkleie 15 to, Fabrikkartoffeln 780 to.**

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 6. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	110 to	14.70—14.75	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Braugerste	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Hafer	335 to	13.85—13.95	Folgererbsen	— to	—.—
Leinkuchen	— to	—.—	Wicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	10 to	22.50	Sonnenblumenkuchen	45 to	19.15
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Fabrikkartoff.p.kg%	0.13
Weizen	18.25—18.75	Felderbsen	17.00—19.00
Braugerste	15.00—16.00	Viktoriaerbsen	22.50—24.50
Mahlgerste	13.00—13.25	Folgererbsen	23.00—25.00
Hafer	13.75—14.00	Leinkuchen	18.50—19.50
Roggenmehl 65%	21.00—21.75	Rapskuchen	14.00—15.00
Weizenmehl 65%	30.50—32.50	Sonnenblumenkuch.	18.50—19.50
Roggenkleie	9.50—10.00	blauer Mohn	60.00—62.00
Weizenkleie	8.50—9.00	Senf	34.00—36.00
Weizenkleie grob	9.00—9.50	Leinsamen	35.00—37.00
Raps	33.00—35.00	Wicken	13.00—14.00
Gelbklee, abgef.	90.00—100.00	Netzeheu, lose	6.00—6.50
Weißklee	80.00—100.00	Netzeheu gepreßt	7.00—7.50
Rotklee	140.00—160.00	Roggenstroh, lose	1.25—1.50
Speisekartoffeln	2.25—3.00	Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	785 to	Fabrikkartoff.	— to	Hafer	225 to
Weizen	192 to	Speisekartoff.	585 to	Peluschken	— to
Mahlgerste	176 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	15 to	weißer Mohn	— to	Leinenkuchen	— to
Roggenmehl	18 to	Rotklee	— to	Mohnkuchen	— to
Weizenmehl	15 to	Weißklee	— to	Zuckerrübensch.	— to
Viktor.-Erbs.	15 to	Schwedenklee	— to	Nudeln	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Wicken	27 to
Feld-Erbsen	10 to	Inkarnatklee	— to	Sonnenblumenkuchen	35 to
Roggenkleie	— to	Wundklee	— to	Gersten-Schrot	— to
Weizenkleie	15 to	Gerstenkleie	— to	Trockenschnitzel	— to
Rapskuchen	— to	Serradella	— to	getrockn. Rüben	— to
Kartoffelflock.	— to	Senf	— to		

Gesamtangebot 2641 to.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide und Kleie vom 4. Novbr. (Preise in Hfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba I per Novbr. 4,42 1/2, Manitoba II per Novbr. 4,27; Gerste: Donaugerste per November —.—; Platagerste per November 2,80; Roggen: Plata per Novbr. 9,77 1/2; Mais La Plata per November 3,00; Hafer: Plata Unclipped faq per Novbr. 2,97 1/2, Plata Clipped per November 3,15.

Viehmarkt.

Warschauer Viehmarkt vom 4. November. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Zloty: junge, fleischige Ochsen —.—; junge Mastochsen —.—; ältere, fette Ochsen —.—; Mastkühe —.—; abgemolkene Kühe jeden Alters —.—; junge, fleischige Bullen —.—; fleischige Kälber —.— gut genährte Kälber 80—85; kongreßpolnische Kälber —.—; junge Schafböcke und Mutterschafe —.—; Speckschweine von über 150 kg 125—130, **von 130—150 kg 115—125, fleischige Schweine von 110 kg 95—115.**